



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

Antrag der Minderheit

(Graf-Litscher, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

Rückweisung des Entwurfes an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Volksinitiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages mit den folgenden Eckwerten auszuarbeiten:

- Das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen soll gestärkt werden.
- Die Transparenz für verantwortungsbewusste Anleger soll erhöht werden, und Transparenzvorschriften sollen in den betroffenen Gesetzen verankert werden.

Proposition de la minorité

(Graf-Litscher, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

Renvoyer le projet à la commission

avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative populaire. Celui-ci contient les éléments suivants:

- L'interdiction du financement indirect des armes interdites doit être renforcée.
- La transparence pour les investisseurs responsables doit être accrue et les prescriptions en matière de transparence doivent être inscrites dans les lois concernées.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Dans le cadre du débat général nous traiterons également la proposition de renvoi de la minorité Graf-Litscher et la proposition de la minorité Fivaz à l'article 2.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Wir kommen nun zur Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten". Diese Initiative wurde am 21. Juni 2018 mit 104 612 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat hat die Vorlage im Sommer 2019, am 14. Juni, verabschiedet. Er stellt der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber und lehnt sie auch ab.

Was will die Initiative? Sie möchte, dass die Schweizerische Nationalbank, dass Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge nicht mehr Unternehmen finanzieren dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Dieses Anliegen ist eigentlich nachvollziehbar, denn wir wollen alle eine friedliche Welt. Die Frage ist nur, ob das der richtige Weg ist. Die Initiative ist aus Sicht der Mehrheit der Kommission nicht zielführend, sie ist kaum umsetzbar, sie gibt etwas vor, das nicht erreicht werden kann, und sie ist sogar negativ für die staatliche berufliche Vorsorge, für die Nationalbank, aber auch für unseren Industriestandort.

Ich muss hier noch einmal erwähnen – das habe ich schon letzte Woche gemacht –, dass die Schweiz bereits über griffige Massnahmen verfügt. Wir haben verschiedene Gesetzgebungen: Wir haben das Kriegsmaterial-



gesetz, wir haben ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Antipersonenminen. Wir haben auch eine Gruppe, die aus dem UVEK, dem VBS, dem EDA und dem SECO zusammengesetzt ist und in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst Exporte kontrolliert. Ebenfalls muss man anerkennen, dass in der Schweiz einige Unternehmen gewisse interne Regeln haben, die dann mit entsprechenden Anlagevorschriften alimentiert werden, damit auch hier korrekt vorgegangen wird.

Nun, was haben wir in der Sicherheitspolitischen Kommission gemacht? Wir haben Anhörungen mit der Nationalbank, dem Schweizerischen Pensionskassenverband, Swissmem und dem Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen durchgeführt. Die Kommission hat nach der Diskussion mit 17 zu 8 Stimmen beschlossen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Mit 15 zu 10 Stimmen hat sie zudem beschlossen, dass es keinen Gegenvorschlag respektive keine Rückweisung geben soll.

Eine Minderheit findet, das Anliegen sei zu wenig umgesetzt, und möchte dieses Verbot stärken und sogar das Finanzierungsverbot durch Transparenzvorschriften ersetzen. Es wurde in der Kommission auch diskutiert, warum wir das Thema in der SiK und nicht in der WAK besprechen. Es ist ja ein Wirtschaftsthema. Trotzdem hat man gesagt, es gehe hier um Kriegsmaterial und deshalb gehöre es in die SiK.

Was sind nun die Gründe der Kommission, warum sie diese Initiative mehrheitlich ablehnt? Es sind mehrere:

1. Wir haben verschiedene gute, bereits wirksame Gesetze – ich habe das schon mehrere Male erwähnt. In diesem Zusammenhang muss man auch sagen, dass diese Initiative global leider keinen Einfluss darauf hätte, ob die Welt irgendwie friedlicher würde oder nicht.

2. Die Initiative ist offen. Sie ist unklar formuliert, und sie kann so gar nicht umgesetzt werden. Ich komme nachher noch auf ein paar Punkte zu sprechen.

3. Ein Verbot von Finanzanlagen bei Rüstungsproduzenten sieht eine Mehrheit als nicht umsetzbar. Ich schaue hier auf die linke Seite: Auch die linken Vertreter in der Kommission haben ganz klar ausgeführt, dass dies so nicht gemacht werden kann. Es wurde zum Beispiel gefragt: Wie will man dann Polizei und Armee ausrüsten? Das könnte man dann nicht mehr machen.

4. Wir haben auch verschiedene andere Probleme wie zum Beispiel Dual-Use-Güter aus Firmen, die zivile und militärische Materialien produzieren. Wir hatten in der Kommission einige Firmenbeispiele aus der Schweiz. Ich zähle jetzt hier nicht die Firmen auf. Aber ich zähle ein paar Bereiche auf, damit Sie etwa sehen, um was es hier auch geht: Es geht teilweise um Flugzeugfirmen; es geht um Firmen, die im Haushaltsbereich tätig sind; es geht zum Beispiel um Firmen, die im Drohnenbereich tätig sind; es geht um Funksystemlösungen, die haben wir heute praktisch überall, im Haushalt usw. Betroffen sind auch Geräte im optischen Bereich, Navigationsgeräte usw., jeder benutzt solche tagtäglich, auch mit dem Handy. Sie sehen, es geht sehr weit. Diese Initiative würde eigentlich unsere ganze Wirtschaft und die Bevölkerung sehr stark betreffen.

Auch interessant war, dass in den Anhörungen von sämtlichen Angehörten ausgeführt wurde, dass diese Initiative so nicht umsetzbar sei respektive dass sie, wenn man sie umsetzen möchte, so restriktiv sei, dass man eigentlich mit Finanzierungsanlagen oder Finanzunterstützung aufhören könne. Wir haben auch den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen angehört. Das war dann doch sehr spannend. Auch die Vertreter dieses Vereins haben gesagt, die Gesetzgebung in der Schweiz sei gar nicht so schlecht, sie wollten aber gerne, dass die Initiative angenommen würde. Auf die klare Frage, wie sie diese umsetzen würden, erhielten wir keine Antwort.

5. Die Hürde von fünf Prozent ist willkürlich. Stellen Sie sich einmal ein Unternehmen mit einem jährlich schwankenden Umsatz vor. Wie wollen Sie feststellen, ob diese fünf Prozent erreicht sind oder nicht? Wollen Sie das alle Jahre überprüfen? Wie wollen Sie die einzelnen Sparten überprüfen? Es gibt Firmen, die nicht alle Sparten genau auflisten können. Es gibt hier also ein Problem mit diesen fünf Prozent. Der

AB 2020 N 299 / BO 2020 N 299

Kontrollaufwand sowohl für den Staat wie auch für das Unternehmen wäre immens.

6. Es handelt sich um einen Angriff auf die Nationalbank. Die Initianten kommen mit einem politischen Anliegen und wollen unsere Nationalbank einschränken. Sie wollen die Geldpolitik der Schweiz einschränken. Ich glaube, das ist ein massiver Angriff. Wenn wir damit beginnen, wenn Sie dem zustimmen, dann wird es in Zukunft verschiedene andere politische Anliegen geben, die man mithilfe der Nationalbank umzusetzen versucht. Damit würden wir unser Land lähmen.

7. Die Pensionskassen müssen Renditen erzielen. Sie investieren in Fonds. Wie wollen Sie in diesen Fonds überprüfen, in welchen Bereichen die einzelnen Firmen diese fünf Prozent erreichen oder nicht? Das ist absolut unmöglich. De facto müsste man dann sagen: Okay, wir investieren nicht mehr in Fonds. Das wäre auch nicht in Ihrem Interesse, weil die Pensionskassen dann andere Renditeobjekte suchen müssten. Sie wollen ja auch, dass Ihre Pension abgesichert ist.



8. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird natürlich geschwächt, weil Sie mit der Initiative auch eine Rechtsunsicherheit für KMU schaffen.

9. Die Schweiz hat ein Interesse daran, ein gewisses Know-how für gewisse militärische Geräte und Materialien aufzubauen. Mit der Initiative würden Sie auch dieses ganze System schwächen.

Zum Fazit: Das Anliegen ist nachvollziehbar, das möchte ich hier sagen. Aber die Initiative verlangt etwas, was nicht umgesetzt werden kann, was keine Wirkung hat und im Gegenteil eine schädliche Wirkung in unserem Land hat und was weltweit keine Wirkung für eine friedlichere Welt hat. Der zweite Punkt, das habe ich schon mehrere Male erwähnt: Die schweizerische Gesetzgebung ist nach heutigem Rechtsstand genügend. Selbstverständlich muss man das immer wieder überprüfen. Das wird auch gemacht. Aber man hat sehr restriktive Massnahmen, und diese erachtet die Kommission als genügend.

Zusammengefasst: Mit 17 zu 8 Stimmen empfiehlt die Kommission die Volksinitiative zur Ablehnung. Zudem lehnt sie den Antrag auf Rückweisung mit 15 zu 10 Stimmen ab.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: La Commissione della politica di sicurezza ha trattato l'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico" che prevede i seguenti punti:

1. Vietare il finanziamento dei produttori di materiale bellico da parte della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e degli istituti della previdenza statale e professionale.

2. Definire per produttori di materiale bellico le imprese che realizzano oltre il 5 per cento del loro fatturato con la produzione, la fabbricazione di materiale bellico.

3. Fare in modo che la Confederazione si adoperi a livello nazionale e internazionale affinché alle banche e alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe.

Le motivazioni generali dei promotori dell'iniziativa, ossia dei Giovani Verdi, del Partito socialista e delle associazioni cofirmatarie, sono combattere le cause che spingono le persone alla fuga dal loro paese, quindi un punto legato al problema dell'immigrazione, promuovere la pace nel mondo, tutelare la neutralità e mantenere le condizioni che permettono di avere una politica estera di sicurezza credibile – sono senz'altro motivazioni nobili. L'iniziativa comporta dunque degli aspetti etici, degli aspetti economico-finanziari e degli aspetti di politica di sicurezza.

Il Consiglio federale ha analizzato il testo dell'iniziativa, proponendo alle Camere federali, nel suo messaggio del 14 giugno 2019, di raccomandare al popolo e ai cantoni di respingere l'iniziativa popolare senza opporre un controprogetto.

La commissione in un primo tempo si è riunita per ascoltare i rappresentanti del comitato dell'iniziativa. Poi, al fine di farsi un quadro più completo, ha deciso di convocare altri gruppi di interesse. Quindi sono stati ascoltati un rappresentante della Banca nazionale, un rappresentante dell'Associazione svizzera delle istituzioni di previdenza, un rappresentante di Swissmem e infine un rappresentante dell'Associazione svizzera per gli investimenti responsabili.

Da questi incontri sono usciti due aspetti degni di nota:

1. In Svizzera è in vigore la legge federale sul materiale bellico che prevede già il divieto di finanziamento di armi atomiche, biologiche e chimiche, di munizioni a grappolo e mine antiuomo. Infatti, gli articoli 8b e 8c della legge federale vietano il finanziamento diretto e indiretto dello sviluppo, della fabbricazione o dell'acquisto di materiale bellico. E l'articolo 7 della legge federale sul materiale bellico definisce pure la tipologia di cosa si intende per materiale bellico.

2. Gli istituti finanziari che verrebbero toccati dall'iniziativa nella loro politica d'impiego dei capitali disponibili e nella gestione dei loro portafogli titoli già da tempo considerano e, come abbiamo anche percepito noi, stanno considerando sempre di più in modo ponderato e accurato i principi che si rifanno a criteri etici, sociali e ambientali.

Malgrado gli scopi nobili, come è stato detto, dell'iniziativa, dopo le audizioni con i diretti interessati, la commissione ha riscontrato tuttavia i seguenti punti critici:

L'autonomia della Banca nazionale è un principio sacrosanto sancito dall'articolo 99 della Costituzione – la sua missione, la conosciamo tutti, è la politica monetaria. Limitare la libertà d'azione di questo istituto e anche delle fondazioni delle casse pensioni nonché dei fondi di compensazione AVS e IPG avrebbe effetti negativi. Infatti, una minore libertà d'azione porterebbe a maggiori rischi d'investimento, perché andrebbe a scapito di una ragionevole diversificazione della gestione dei portafogli. A titolo informativo vi dico che la Banca nazionale attualmente ha investito 160 miliardi di franchi in 6800 titoli diversi, in 6800 aziende diverse.

Difficilmente si potrebbero definire e monitorare nel tempo i produttori di materiale per la difesa con un'asticella fissata in modo arbitrario dai promotori di questa proposta al 5 per cento del fatturato annuo. Questo semplice-



mente per il fatto che ottenere le necessarie informazioni implicherebbe un onere amministrativo e burocratico fuori misura per le aziende ma anche per gli investitori.

L'iniziativa inoltre non definisce cosa s'intende per materiale bellico. Vi è una miriade di prodotti ad alta tecnologia che vengono usati in molti ambiti e anche per scopi militari, per la difesa e per il nostro esercito; si pensi ad esempio alla tecnologia legata allo sviluppo della produzione dei droni.

A questo punto è necessario dire che in generale nel settore della tecnologia per la sicurezza e per la difesa vi sono numerose piccole e medie imprese molto innovative, con tanto valore aggiunto, che creano anche molti posti di lavoro. Far mancare i mezzi necessari finanziari a questo settore molto innovativo avrebbe conseguenze macro-economiche negative per l'economia svizzera.

Ma anche per la sicurezza del nostro paese è molto importante che il settore produttivo nella tecnologia per la sicurezza abbia a trovare sempre i necessari mezzi finanziari. Questo permette di rimanere concorrenziali ed innovativi a livello internazionale, con vantaggi evidenti anche per i fornitori di prodotti e servizi al nostro esercito e quindi per la difesa della popolazione e del nostro territorio.

Infine, occorre dire che c'è una discrepanza tra le misure proposte dagli autori di questa iniziativa e gli obiettivi che si vogliono raggiungere. In quest'ottica le misure proposte sono molto discutibili: non è infatti realistico pensare e sperare che il divieto di finanziamento dei produttori di materiale bellico porti ad una maggiore pace nel mondo. Per la Svizzera è anche utopico pensare che essa possa promuovere questo divieto a livello internazionale. Senza dubbio la Svizzera deve continuare a portare avanti una politica estera in favore della sicurezza e del promovimento della pace nel mondo. Come scrive anche il Consiglio federale nel suo messaggio, la Svizzera si impegna nell'ambito di diversi regimi di controllo degli armamenti e accordi internazionali – per esempio tramite la Convenzione sul divieto dell'impiego, del deposito, della fabbricazione e del trasferimento delle mine antiuomo e sulla loro distruzione –, al fine di far valere i suoi interessi in materia di politica estera e di sicurezza.

In conclusione, alla fine del trattamento dell'oggetto la commissione ha deciso, con 17 voti contro 8, di raccomandare al popolo di respingere l'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico",

AB 2020 N 300 / BO 2020 N 300

segundo così il Consiglio federale, vale a dire senza proporre un controprogetto. La commissione ha inoltre respinto con 15 voti contro 10 una proposta Graf-Litscher che chiedeva di elaborare un controprogetto indiretto mediante un'iniziativa di commissione.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Die Volksinitiative rennt bei der Bevölkerung offene Türen ein. Diese will nicht, dass mit ihrem Geld Atomwaffen oder Antipersonenminen finanziert werden. Zudem ist es ein Märchen, wenn von einem Renditerisiko für unsere Pensionskassengelder gesprochen wird.

Die Volksinitiative greift das in der Bevölkerung weitverbreitete Bedürfnis nach ethischen Finanzanlagen auf. Viele Anlegerinnen und Anleger, sowohl individuelle als auch institutionelle wie Pensionskassen, wollen ihr Geld nicht mehr bei Unternehmen anlegen, die kontroverse oder gar verbotene Waffen oder anderes Kriegsmaterial herstellen. Die SP unterstützt deshalb die Initiative. Der zweite Fraktionssprecher, Pierre-Alain Fridez, und meine Kolleginnen und Kollegen auf der Rednerinnen- und Rednerliste werden dann noch gezielt auf unsere Argumente eingehen.

Es besteht also Handlungsbedarf. Da bisher noch niemand auf die Idee gekommen ist, dass es zielführend wäre, einen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten, hat sich die SP-Fraktion dahintergeklemt und einen Gegenvorschlag entwickelt. Uns ist es wichtig, dass die Chancen auf einen mehrheitsfähigen Kompromiss erhöht werden. Ein indirekter Gegenvorschlag kann die berechtigten Initiativanliegen aufnehmen und sinnvolle Neuerungen auf Gesetzesstufe umsetzen.

Die Volksinitiative macht Vorschriften zu institutionellen Anlegern, sie macht aber individuellen Anlegern und Anlegerinnen kein Handlungsangebot. Zudem geht sie nicht auf das verbreitete Bedürfnis ein, zwischen Waffen, die umfassend völkerrechtlich geächtet sind und deren Einsatz verboten ist, und Waffen, die grundsätzlich zur Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols zugelassen sind, zu unterscheiden. Beides ist unbefriedigend.

Der indirekte Gegenvorschlag der SP-Fraktion hat deshalb zwei Stossrichtungen: Erstens müssen bestehende Schlupflöcher bei der Finanzierung von in der Schweiz verbotenem Kriegsmaterial – also von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen und Streumunition – geschlossen werden. Zweitens braucht es umfassende Transparenzvorschriften für die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe knüpft damit direkt an die Bestimmungen in Absatz 3 der Volksini-



tiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" an, ersetzt bestehende Verbote aber überwiegend durch Transparenzvorschriften, damit sich Anleger und Anlegerinnen mit ethischen Bedürfnissen entsprechend orientieren können.

Der indirekte Gegenvorschlag hat zum Ziel, das Verbot indirekter Finanzierung verbotener Waffen zu stärken und das Finanzierungsverbot der Initiative durch entsprechende Transparenzvorschriften zu ersetzen. Dafür sehen wir vier gesetzliche Anpassungen vor: im Bundesgesetz über das Kriegsmaterial, im Obligationenrecht, im Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel sowie im Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen.

Tatsache ist: Rund um die Rüstungsexporte und die Befuerung des Rüstungshandels besteht politischer Handlungsbedarf. Ein Gegenvorschlag mit den nötigen gesetzlichen Anpassungen ist ein wirksames Mittel dafür. Das Anliegen, dass ethisch bewusste Anlegerinnen und Anleger wissen möchten, wo sie ihr Geld anlegen, und das Anliegen, dass unser Pensionskassengeld nicht in die Taschen grosser Rüstungskonzerne fliesst, sind in der Schweizer Bevölkerung weitverbreitete Anliegen, die wir ernst nehmen müssen.

Deshalb bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen und damit die Kommission zu beauftragen, einen indirekten Gegenvorschlag auf der Basis der genannten Eckwerte zu erarbeiten.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Kollegin Graf-Litscher, Sie haben jetzt mehrmals die Begriffe "ethisch" und "Ethik" verwendet. Betreiben Firmen wie z. B. die thurgauische Ruag oder viele Firmen im St. Galler Rheintal im optischen oder im Dual-Use-Bereich für Sie unethische Geschäfte?

Graf-Litscher Edith (S, TG): Geschätzter Kollege Büchel, ich habe es vorhin klar erwähnt: Es geht darum, dass die Anlegerinnen und Anleger, sowohl institutionelle wie auch individuelle, die Möglichkeit haben sollen, ihr Geld bewusst dort anzulegen, wo sie es möchten.

Fivaz Fabien (G, NE): Les tendances mondiales dans le domaine de l'armement sont inquiétantes. Les budgets de défense augmentent depuis plusieurs années et représentent aujourd'hui plus de 2 pour cent du PIB mondial. La Suisse n'est pas en reste. Le budget militaire augmente, de même que les exportations de matériel de guerre: plus 43 pour cent selon les chiffres publiés la semaine dernière par la Confédération.

L'objectif de l'initiative, c'est d'inverser cette tendance par le désinvestissement dans le secteur de l'armement. Il n'est pas admissible que la Banque nationale fasse des bénéfices en cas de guerre. En janvier, pourtant, elle a gagné plus de 30 millions de francs en quelques heures, lors de l'amorce de conflit entre les Etats-Unis et l'Iran.

L'initiative s'inscrit dans une autre tendance: les Suissesses et les Suisses veulent de plus en plus contrôler ce que les instituts financiers font avec leur argent. Ils ne veulent plus que leur argent serve à financer des industries polluantes, qui détruisent l'environnement et le climat. Ils ne veulent plus que leur argent serve à financer des entreprises irresponsables, qui bafouent les droits humains. Ils ne veulent finalement plus que leur argent serve à financer des producteurs de morts.

De plus en plus, les institutions financières appliquent des critères dits ESG, des critères environnementaux, sociaux et de gouvernance. Ces critères redonnent aux investisseurs une responsabilité vis-à-vis de leur investissement. Ils offrent une transparence essentielle dans notre système financier. D'ailleurs, comme vous avez pu le lire dans "Le Temps" ce matin, l'initiative ne changera rien pour certaines caisses de pension qui appliquent déjà ces critères et ne soutiennent plus du tout l'industrie de la guerre.

Il faut aussi déconstruire ici un lieu commun: les rendements de ces investissements ESG ne sont pas plus faibles, ils ne sont pas plus mauvais que les autres, et la sécurité de ces investissements n'est pas moindre. Au contraire, ces investissements sont bâtis sur un modèle plus soutenable, qui prend en compte les facteurs humains et environnementaux, et ne se basent pas uniquement sur le rendement à court terme.

A noter encore que le taux de cinq pour cent prévu par l'initiative, en ce qui concerne la limite à partir de laquelle les investissements sont prohibés, ne tombe pas du ciel. C'est la limite qui est généralement acceptée dans le cadre de l'application des critères ESG. Et pour répondre au rapporteur, le maintien de ces critères année après année ne pose pas de problème non plus; les institutions financières ou les institutions qui les conseillent le font déjà.

La loi fédérale sur le matériel de guerre règle aujourd'hui les investissements dans le domaine. Elle interdit explicitement les investissements directs dans le matériel de guerre prohibé. Le législateur y a toutefois laissé une importante lacune: le financement indirect est autorisé lorsqu'il ne contourne pas le financement direct. La porte est ainsi grande ouverte. En 2018, l'ICAN, la Campagne internationale pour l'abolition des armes nucléaires, a recensé des investissements des banques suisses et de la Banque nationale suisse pour presque 9 milliards de francs dans des producteurs d'armement nucléaire. Ce n'est sans doute, en Suisse, que la partie



visible de l'iceberg, et ces investissements augmentent d'année en année malgré les engagements pris par la Banque nationale depuis 2014.

Dans le domaine financier, il existe un problème supplémentaire: de plus en plus, les investisseurs font appel à des fonds basés sur des indices ou à d'autres produits d'investissement passifs. Ils sont réputés plus sûrs et plus neutres, mais ces pratiques sont dangereuses. Elles font oublier que

AB 2020 N 301 / BO 2020 N 301

les investisseurs ont une responsabilité et elles permettent à des entreprises de survivre en Bourse alors même qu'elles traversent de grandes difficultés, simplement parce qu'elles existent dans un indice. De nombreuses entreprises actives dans le domaine militaire, y compris des entreprises fabriquant du matériel prohibé, sont prises en compte dans ces fonds. Ce problème serait effectivement réglé par l'initiative.

Les entreprises craignent pour leur chiffre d'affaires et pour les emplois. On a souvent entendu cet argument dans le débat et on l'entendra encore pendant de longs mois. Rassurons-les: les petites et moyennes entreprises sont majoritairement financées par d'autres sources de financement que la Banque nationale suisse ou les caisses de pension. Elles se financent auprès des banques et sont souvent fondées avec des capitaux propres. Mais ce n'est pas tout. L'argent ne disparaît pas, il circule. En asséchant les sources de financement pour un type d'industrie, en l'occurrence par exemple l'armement, on donne des moyens à d'autres de prospérer.

C'est pour toutes ces raisons que je vous prie de soutenir ma minorité qui propose à notre conseil de recommander l'adoption de l'initiative.

Friedez Pierre-Alain (S, JU): Cette initiative a, entre autres particularités, l'intérêt et l'avantage de représenter un texte de plus qui place clairement notre pays en face de ses contradictions. Comment peut-on se réclamer d'une stricte neutralité, être le dépositaire des Conventions de Genève, se targuer d'être la patrie d'Henry Dunant et de la Croix-Rouge, accueillir fièrement sur son sol la Genève internationale, prétendre considérer comme prioritaires la promotion de la paix, l'interdiction de la prolifération des armes de destruction massive, l'aide et la coopération au développement ou encore l'aide humanitaire, et, dans le même temps, exporter des armes vers certaines dictatures peu fréquentables, vers des pays situés dans l'axe de crise qui s'étend de l'Afrique subsaharienne aux confins du Pakistan, ou – c'est ce dont il est question aujourd'hui – accepter le financement des fabricants de matériel de guerre? Comment peut-on hésiter entre accepter que l'argent des Suissesses et des Suisses serve à concevoir, à construire, à exporter des armes de guerre, ou risquer prétendument de pénaliser notre système bancaire, la place financière suisse, nos caisses de pension, la Banque nationale suisse, notre industrie des machines et j'en passe? Comment peut-on hésiter entre argent et morale, profit à tout prix et déontologie, cynisme et humanisme et respect?

Vous le savez, cette problématique fait son chemin dans l'esprit de nombre de nos concitoyennes et concitoyens. Des mots et expressions inconnus hier sont employés fréquemment aujourd'hui: commerce équitable, financement solidaire. Une Suisse plus solidaire, soucieuse de justice sociale et d'égalité, de transparence, de redistribution, de développement solidaire et durable se lève aujourd'hui pour dire non à l'hypocrisie et à la primauté du profit sur toute autre considération.

Le Conseil fédéral dit comprendre les préoccupations des auteurs de l'initiative populaire, mais la Suisse aurait déjà fait beaucoup, dit-il: l'interdiction du financement des armes nucléaires, biologiques ou chimiques, ainsi que des armes à sous-munitions et des mines antipersonnel.

C'est la moindre des choses. Et je vous rappelle que les centres situés à Genève, qui sont un des fleurons de la Suisse en matière de lutte contre la guerre, sont engagés à 300 pour cent sur ces thèmes.

Revenons à la question du financement. Dans notre économie mondialisée, toutes les questions de financement international apparaissent complexes et opaques. Mais aujourd'hui, le peuple suisse veut de la clarté et un droit de regard sur ce que l'on fait avec son argent. Une grande partie de la population ne veut plus que son argent serve à produire des armes.

Je peux tout à fait imaginer que la mise en oeuvre de cette initiative entraînera des problèmes techniques et pratiques, mais il suffira alors au monde de la finance de déployer autant d'efforts pour obtenir la transparence qu'il n'en a fait pour tout opacifier. Nous avons encore toutes et tous en mémoire les pratiques de la titrisation et autres combines qui ont présidé à la création des conditions qui ont débouché sur la crise des subprimes en 2008.

Il en va surtout de la crédibilité et de l'image de notre pays. La Suisse est une puissance, plus particulièrement une puissance diplomatique qui a fait de la politique des bons offices, de la représentation diplomatique de pays en guerre, de l'installation sur son sol d'organisations internationales, de la mise sur pied de conférences



et de pourparlers de paix une marque de fabrique. La Suisse se prévaut d'un label de valeurs éthiques. Alors, faisons le pas. Acceptons cette initiative.

Comme je sais que certaines et certains parmi vous ont des doutes – et c'est un euphémisme –, il reste la proposition de contre-projet indirect que ma collègue Edith Graf-Litscher a développée à l'instant. Un contre-projet indirect pour renforcer le contrôle sur le financement indirect des armes interdites et pour plus de transparence. Pour une Suisse beaucoup plus en phase avec ses valeurs, je vous demande, au nom du groupe socialiste, de soutenir les différentes propositions des minorités.

Schlatter Marionna (G, ZH): Wir beraten heute die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten". Diese nationale Volksinitiative wurde von den Jungen Grünen und der GSoA lanciert und wird von einem breiten Bündnis von vierzig Organisationen und Parteien getragen.

Unser grünes Herz schlägt für den Frieden, die humanitäre Tradition und die Neutralität; Werte, die wir bestimmt mit Ihnen teilen. Heute geht es hier darum, dieser Werthaltung Ausdruck zu geben.

Die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" fordert, dass für die Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten verboten wird. Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Die Fünf-Prozent-Hürde ist eine Schwelle, die viele nachhaltige Anlageprodukte kennen, wenn es um Ausschlusskriterien für bestimmte Unternehmen oder Produkte geht, wie zum Beispiel die ESG-Kriterien "environment", "social" und "governance".

In einem offenen Brief forderten im Frühling 2019 über hundert Grossinvestoren, darunter die CS, die UBS, Kantonalbanken und Pensionskassen, die Indexanbieter auf, Waffenproduzenten aus den grossen Börsenindizes zu entfernen. Die Finanzbranche sei in der Lage, verantwortliches Anlegen entscheidend zu fördern, und dazu sollte gehören, dass Herstellern kontroverser Waffen der Zugang zur Finanzierung erschwert werde: "Wir sind zutiefst überzeugt, dass – in Übereinstimmung mit internationalen Konventionen, Anlagepraktiken sowie der öffentlichen Meinung – der Ausschluss von Herstellern kontroverser Waffen aus aktiven Anlagen Standard sein sollte." Das ist keine Aussage einer grünen Nationalrätin, sondern ein Zitat aus ebendiesem offenen Brief. Die Schweiz wäre nicht alleine. Diverse Länder haben schon legiferiert: Spanien, Frankreich, die Niederlande, Neuseeland, Irland, Belgien. Die Schweiz hat aber eine besondere Verantwortung. Wir haben einen der grössten Finanzplätze der Welt. Rund ein Viertel des gesamten Privatvermögens der Welt wird in der Schweiz verwaltet. Wir wären damit in der Lage, einen Standard zu prägen.

Konsequent fordert die Kriegsgeschäfte-Initiative darum auch das internationale Engagement. Dass es auch ohne diese heiklen Investitionen geht, zeigen diverse Anleger wie z. B. die Alternative Bank oder auch die Pensionskasse der Stadt Zürich.

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Laut dem Bericht "Don't Bank on the Bomb" der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten NGO International Campaign to Abolish Nuclear Weapons investierten CS, UBS und die Nationalbank zwischen 2017 und 2019 fast 9 Milliarden Franken in Hersteller von Atomwaffen. Dies geschah dank einer Gesetzeslücke, die es Investoren erlaubt, indirekt in Firmen zu investieren, bei denen eine direkte Finanzierung verboten ist.

AB 2020 N 302 / BO 2020 N 302

Unsere Neutralität ächzt unter den Widersprüchen. Wir setzen uns ein für atomare Abrüstung und finanzieren gleichzeitig Firmen, die Atombomben bauen. Wir ächten Massenvernichtungswaffen und finanzieren gleichzeitig deren Herstellung. Da stimmt doch etwas nicht!

Noch einige Worte an meine Kritikerinnen und Kritiker, an all jene, die kritisieren, dass die Investitionsfreiheit eingeschränkt würde: Unsere Freiheit hört da auf, wo sie die Freiheit anderer beeinträchtigt! Niemand lässt sich freiwillig von Massenvernichtungswaffen töten! Und an jene, die sagen, dass wir mit weniger Rendite rechnen müssen: Die Investitionen fallen nicht weg, sondern sie werden neu getätigt. Investitionen in Kriegsmaterialhersteller sind weder besonders lukrativ, noch sind sie risikofrei. Es gibt viele gute Alternativen.

An all jene, die sagen, dass die Initiative wegen ihrer Fünf-Prozent-Hürde schwierig umzusetzen sei oder dass die Initiative zu viel Bürokratie mit sich bringe: Unterstützen Sie die Rückweisung und die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages! Wir sind zur Diskussion bereit – im Gegensatz zu denjenigen, die heute die Initiative und den Gegenvorschlag ablehnen.

Wir leben in Zeiten der Aufrüstung. Das Kriegsgeschäft boomt. Die Schweiz hat letztes Jahr so viel Geld mit Kriegsmaterialexporten verdient wie seit 2011 nicht mehr. Wir leisten unseren Teil zu dieser weltweiten Aufrüstungsspirale.

Wie man so schön sagt: Geld stinkt nicht. Aber Geld macht Politik. Und ich habe es satt, dass mit meinem



Geld Umweltzerstörung und Krieg finanziert werden.

Unterstützen Sie die Kriegsgeschäfte-Initiative, und lassen Sie unser Geld eine andere Politik machen – eine Politik, die Frieden schafft.

Porchet Léonore (G, VD): Dans les différentes prises de position au sujet de l'initiative, on entendra beaucoup et régulièrement parler des difficultés de financement présumées des caisses de pension si elle était acceptée. Or, je souhaite vous rappeler que l'initiative est très claire dans ce qu'elle propose de ne pas financer comme matériel de guerre et qu'elle n'est ni handicapante ni restrictive d'une manière délétère pour la place financière suisse.

L'initiative n'exclut pas le financement des armes de sport ou de chasse. Elle ne prend pas non plus en compte le matériel à usage humanitaire. Le but de cette initiative, c'est que notre retraite ne soit jamais – en aucun cas – financée par la mort d'autres civils. Elle vise en fait l'évidence: je cotise pour ma retraite, mais je souhaite savoir, et m'assurer, que ma caisse de pension n'investisse pas dans les armes.

Ce matériel de guerre dont on parle, ce sont par exemple des armes dites ABC, c'est-à-dire des armes atomiques, biologiques ou chimiques. On ne parle pas du fusil à faisan de grand-papa. On parle d'armes atomiques. On parle d'armes qui sont par ailleurs interdites et décriées parce que trop horribles. Certaines des entreprises qui exportent ces engins de mort sont financées par notre argent: celui de la Banque nationale et celui de nos retraites.

Or, nous avons un pouvoir d'action sur cet argent. J'entends en effet régulièrement dire dans notre conseil que nous ne pouvons pas agir, que c'est hors des compétences du conseil, hors des compétences de la Suisse. Eh bien, cette fois, oui, nous avons le pouvoir d'agir et notre pouvoir d'action a des conséquences directes pour la promotion de la paix. C'est aussi fondamental pour préserver notre engagement de neutralité. Car si on se targue d'avoir des retraites saines et des relations extérieures au beau fixe, eh bien elles sont actuellement entachées par notre participation à ce business des bombes à partir de l'importante et puissante place financière de la Suisse.

Des milliards d'investissement sont effectués dans les armes de guerre depuis notre place financière, alors que des milliers des personnes se déplacent pour fuir des conflits armés sans que la Suisse réponde à l'urgence humanitaire à la hauteur de ce qu'elle peut faire. Cherchez l'erreur!

L'erreur est ici, parmi les collègues de ce conseil, qui ne souhaitent pas d'initiative, voire même pas du tout de contre-projet. L'erreur se trouve ici, car il faut rappeler que les indices boursiers sont nombreux, et beaucoup d'entre eux ne sont pas du tout liés au commerce de la guerre. Il existe donc d'autres secteurs de placement, qui par ailleurs sont tout aussi stables et profitables que celui du commerce de guerre, peut-être même plus. Investir avec l'argent de nos retraites ou avec celui de la BNS dans des armes atomiques et biologiques est non seulement une honte d'un point de vue éthique, mais ce n'est aussi pas du tout indispensable.

Je fais un petit rappel au passage: l'industrie des armes ABC est une industrie polluante qui ne répond à aucun critère environnemental. A l'heure où toujours plus de citoyens et de citoyennes demandent une Suisse plus responsable face à l'urgence climatique, il est cohérent d'ajuster également nos placements et de nous diriger vers une finance durable. Ainsi, si ce conseil prend ses responsabilités sur le plan climatique, par exemple la semaine prochaine à l'occasion du débat sur la loi sur le CO₂, nous pourrions également créer de nouveaux espaces d'investissement qui soutiennent une transition responsable et solidaire des modes de production, tout en garantissant des rendements à faire sourire les avocats d'affaires genevois et zurichois qui sont dans notre salle.

C'est étrange de devoir le rappeler en 2020, mais je résume ainsi la position très simple des initiants: investir dans des armes atomiques, chimiques et biologiques est une honte; investir dans les armes de manière générale favorise la guerre; la guerre est une abomination. La Suisse peut faire quelque chose, alors faisons-le! D'autant plus que cela a été évoqué à plusieurs reprises: participer au financement des armes, c'est aussi mettre à mal les efforts diplomatiques et de neutralité de la Suisse. On se targue d'être écolo, on soutient une industrie polluante; on se targue d'être neutre, on finance des entreprises qui mettent sur le marché des armes de guerre; on se targue d'offrir des retraites, alors qu'on le fait sur le dos de la vie de civils. Ce n'est pas la Suisse que je souhaite et défends, c'est une Suisse qui fait honte.

Je vous invite donc à recommander l'acceptation de l'initiative et à répondre à l'appel à la dignité des jeunes Verts suisses et du Groupe pour une Suisse sans armée.

Tuena Mauro (V, ZH): Am 29. November 2009 stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung über ein Verbot von Kriegsmaterialexporten ab. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Ja-Anteil damals bei 31,8 Prozent lag, der Nein-Anteil bei 68,2 Prozent. Kein einziger Stand sagte Ja zu dieser Initiative. Heute höre ich Worte



wie, die neue Initiative – selbstverständlich geht sie in die gleiche Richtung – renne offene Türen ein und die Bevölkerung habe faktisch, so Frau Graf-Litscher, Schlange gestanden, damit sie unterschreiben dürfe.

Sie haben natürlich gesehen, dass ein Verbot keine Mehrheiten findet. Jetzt haben Sie sich irgendetwas anderes überlegt, das etwas Ähnliches wie ein Verbot ist, aber dann faktisch ein Verbot von Kriegsmaterialexporten auslösen würde – das wissen Sie selbstverständlich. Mit dieser Initiative schwächen Sie die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, Standbeine unserer Wirtschaft. Diese Initiative hätte massive Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Nationalbank, von Stiftungen, Pensionskassen und vor allem, hören Sie mir jetzt gut zu, auf AHV, IV und EO. Für diese Fragen haben Sie keine Lösungen präsentiert.

Selbstverständlich sagt die SVP-Fraktion Nein zu einer Initiative, die schwammig formuliert ist und deren Durchsetzung unsicher ist. Die SVP-Fraktion sagt auch Nein zu irgendwelchen ebenfalls schwammigen Ideen zu Gegenvorschlägen, wie sie vorhin auch von Frau Graf-Litscher aufgezeigt wurden. Sie wissen genau, dass mit dieser Initiative nicht nur die Arbeitsplätze der Firmen, die direkt in diesem Bereich tätig sind, verschwinden werden, sondern dass sie vor allem auch die KMU betrifft, welche die Zulieferer solcher Firmen sind. Diesen Firmen müssen wir Sorge tragen. Sie wissen genau, dass wir in unserem Land strenge und manchmal, wie wir jetzt am Beispiel Pilatus gesehen haben, zu strenge Kontrollen der Kriegsmaterialeinfuhr machen. Das Parlament hat hier einschreiten müssen.

Um die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee autonom sicherstellen zu können, muss die Schweiz

AB 2020 N 303 / BO 2020 N 303

über Kompetenzen bei der Herstellung von Kriegsmaterial verfügen. Der Schweizer Markt für Kriegsmaterial alleine ist zu klein, um Firmen am Leben zu erhalten. So müsste Kriegsmaterial vermehrt im Ausland beschafft werden, und damit würde die Schweiz abhängiger und könnte die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen nicht mehr souverän wahrnehmen.

Kriegsmaterial ist übrigens ein wichtiger Pfeiler der Technologieentwicklung. Ohne Investitionen in Kriegsmaterial verzichtet die Schweiz in Zukunft auf den Zugang zu Spitzentechnologien. Allein kann die Schweiz die Forschung und Entwicklung für den Eigenbedarf an Kriegsmaterial nicht mehr finanzieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Initiative der Schweizer Stimmbevölkerung deutlich zur Ablehnung zu empfehlen. Dasselbe gilt für sämtliche Gegenvorschläge.

Schlatter Marionna (G, ZH): Eine Frage, Herr Tuena: Sie haben gesagt, dass diese Initiative massive Probleme für die AHV und die Pensionskassen bedeuten würde. Können Sie mir beantworten, welcher Prozentanteil der Investitionen in die Kriegsmittelfinanzierung in die AHV fliesst?

Tuena Mauro (V, ZH): Nein, das könnte ich aber in den Unterlagen noch nachsehen, das werde ich Ihnen nachliefern. Aber es ist definitiv so, dass es ein beachtlicher prozentualer Anteil ist, weil ganz genau geschaut werden muss, in welche Firmen wo und was investiert werden soll. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Das haben wir bei den Anhörungen in der Sicherheitspolitischen Kommission klar gehört.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr
La séance est levée à 13 h 05*

AB 2020 N 304 / BO 2020 N 304



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative****Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire***Fortsetzung – Suite*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

Flach Beat (GL, AG): Das Geschäft mit Krieg und Tod ist lukrativ. Wenn man ein bisschen in die Medien schaut, sieht man, dass dieses Geschäft auch blüht. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen davon nicht profitieren, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wir möchten, dass das Geld, mit dem wir unseren Profit erarbeiten, sauber und auf moralisch und ethisch guten Grundlagen erwirtschaftet wird. Darum haben die Grünliberalen auch eine grosse Sympathie für alle Anliegen, die die Menge an Kriegsmaterial auf der Welt massgeblich verringern wollen.

Die Initiative, Sie haben es gehört, zielt auf die Finanzierung von bzw. auf das Investieren in Unternehmen auf dieser Welt ab, die Kriegsmaterial herstellen. Die Finanzkraft der Schweiz ist – gemessen an der Grösse, der Landesfläche, der Einwohnerzahl usw. – sehr gross. Der Hebel, den die Schweiz hat, ist tatsächlich von erheblicher Länge. Aber: Die Initiative zielt darauf ab, dass keine Investitionen in gewisse Unternehmen mehr erlaubt sein sollen, was die Nationalbank betrifft, die teilweise indirekt investiert, wie auch die Stiftungen der beruflichen Vorsorge. Gemeint sind Unternehmen, die mehr als fünf Prozent des Umsatzes mit der Produktion von Kriegsmaterial oder von sogenannt kontroversen Waffen erzielen. Das ist ein komplett untauglicher Ansatz. Unsere Kontrolle des Kriegsmaterials, der Waffenlieferung, des Einsatzes von Waffen zielt immer darauf ab, dass wir die Produkte anschauen und deren Verwendung, nicht aber das produzierende Unternehmen prüfen. Es gibt nämlich auch Unternehmen, die beispielsweise Drohnen herstellen, die zwar sehr geeignet sind, um in einem Kriegsgebiet Menschenrechte zu verletzen und Unglück und Tod zu säen, aber ebenso gut auch eingesetzt werden können, um in einem Erdbebengebiet Personen zu finden oder um versteckte Minen in einem Acker aufzuspüren, damit niemand durch diese vergessenen Minen verletzt wird oder tödlich verunglückt.

Die Grünliberalen sind deshalb der Meinung, dass wir im Bereich der Transparenz und der Stärkung des Verbots der direkten oder indirekten Investitionen in verbotene Kriegswaffen noch einen Nachholbedarf haben. Wir unterstützen deshalb die Rückweisung des Entwurfes an die Kommission, mit dem Wunsch, diese Bereiche zu verstärken und entsprechende Massnahmen zu ergreifen, wie es Kollegin Graf-Litscher ausgeführt hat. Sonst funktioniert die Initiative auf diese Art und Weise leider nicht. Es ist auch ein Trugschluss zu glauben, man könne die Herstellung oder Verteilung von Kriegsmaterial dadurch verhindern, dass man es verbietet, in diese Firmen zu investieren, d. h., beispielsweise Aktien von diesen Firmen zu kaufen. Kriegsmaterial finanziert sich nicht dadurch. Kriegsmaterial wird dadurch finanziert, dass es verkauft wird.

Was wir tun können, ist, im Bereich der Proliferation entsprechend vorzugehen, damit keine Waffen in die Hände von Terroristen oder von Unrechtsregimes geraten, die Menschenrechte verletzen. Darum sind die Grünliberalen auch Teil der Allianz der Korrektur-Initiative, die den Kriegsmaterialexport in der Schweiz wieder auf den Level zurückschrauben will, den wir bis 2014 hatten: keine Schweizer Waffenlieferungen in Länder, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sich in einem Bürgerkrieg befinden.

Ich bitte Sie namens der grünliberalen Fraktion, den Rückweisungsantrag ebenfalls zu unterstützen. Handlungsbedarf ist wohl gegeben, aber die Initiative werden wir in dieser Form zur Ablehnung empfehlen.





Pointet François (GL, VD): Cette initiative a pour objectifs de contribuer à rendre le monde plus pacifique et à combattre les déplacements forcés de population. Louable programme me direz-vous. Et qui pourrait, dans cette salle, affirmer qu'il ne partage pas ces objectifs? Personnellement, je les partage avec conviction.

Mais voilà, les moyens proposés ici n'ont aucun effet sur les objectifs; tout au plus ils risquent de mettre nos entreprises en danger. L'impact de notre pays sur le monde du financement des producteurs du matériel de guerre est des plus limité. Croire que si la Banque nationale et nos institutions de prévoyance se retirent de tels financements, cela va arrêter les guerres et les déplacements forcés est d'une naïveté consternante. Ce sont par exemple les actions de la Swisscoy ou le contrôle des exportations de matériel à double usage qui nous font avancer vers ces objectifs.

La mise en pratique de l'initiative, même en passant par-dessus l'indépendance de la Banque nationale, est des plus compliquées. En ce qui concerne la stabilité d'abord, vu la limite de cinq pour cent du chiffre d'affaires dans la production de matériel de guerre, une entreprise peut facilement se trouver alternativement dans la cible de l'initiative puis hors de celle-ci. C'est pratiquement impossible à gérer pour les investisseurs et pour l'entreprise.

Ensuite, en ce qui concerne les entreprises touchées, elles sont nombreuses, en Suisse aussi. En effet beaucoup d'entreprises sont amenées à fournir des pièces qui peuvent se retrouver dans du matériel de guerre. La branche des machines-outils, des équipements électriques et des métaux serait particulièrement touchée.

Finalement, la définition de matériel de guerre est pour le moins délicate, les biens à double usage compliquent la situation, et que dire de l'équipement des polices? Est-ce que les initiants désirent aussi interdire le financement de leur production?

Vous l'aurez compris, les Vert'libéraux ne soutiennent pas cette initiative, vu qu'elle est inapplicable et qu'elle ne permet en aucun cas d'atteindre les buts fixés par les initiants.

Ce texte met tout de même en évidence la préoccupation que l'on ressent dans la population, à savoir que la Banque nationale et nos institutions de prévoyance professionnelle devraient investir de manière plus responsable, y compris dans le domaine du financement des armes de guerre. L'interdiction de financer du matériel de guerre prohibé, qu'il soit atomique, biologique, ou chimique, ou qu'il s'agisse de sous-munitions, etc., est déjà en vigueur, mais on peut regretter le manque d'ambition dans l'interdiction du financement indirect.

C'est pourquoi les Vert'libéraux soutiennent la minorité Graf-Litscher, qui demande qu'on propose un contre-projet indirect à l'initiative, pour étendre l'interdiction au financement indirect des armes interdites et augmenter la transparence.

AB 2020 N 305 / BO 2020 N 305

Riniker Maja (RL, AG): Gerne spreche ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion zu Ihnen. Ich nehme den Entscheid vorweg: Wir lehnen diese Initiative einstimmig ab. Sie beinhaltet diverse kritische Elemente.

Vor allem wehren wir uns entschieden dagegen, dass wir uns in die Geschäftsbelange der Schweizerischen Nationalbank einmischen. Die FDP bekennt sich klar zur Unabhängigkeit der Nationalbank, wir haben stets Vorstösse bekämpft, die sie infrage stellen wollten. Wir wollen nicht ins operative Geschäft der Nationalbank eingreifen oder dafür Tür und Tor öffnen. Die Nationalbank würde sonst zum Spielball der Politik werden. Wie lehnen dies ab, zumal die Nationalbank in der Kommission glaubhaft darlegen konnte, dass sie strenge Investitionskriterien befolgt und sich auch des Themas der Kriterien der Corporate Social Responsibility annimmt und dass sie darüber reflektiert, wo sie sich in diesem wichtigen Thema befindet.

Es gibt weitere Punkte, die uns dazu bringen, diese Initiative abzulehnen. Wir haben uns in der Kommission intensiv damit befasst und verschiedene Seiten angehört, darunter auch Experten des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen. Diese haben uns aufgezeigt, dass es zwei zentrale Punkte gibt, die es schwierig machen, diese Initiative umzusetzen.

1. Die Dual-Use-Güter: In der Praxis dürfte es kaum möglich sein, dezidierte und spezifisch konzipierte Güter von Dual-Use-Gütern zu unterscheiden, die nicht als Kriegsmaterial gelten. Ich werde nachher einige Beispiele nennen.

2. Die Umsatzgrenze: Die Umsatzgrenze von fünf Prozent wurde willkürlich gewählt und ist für institutionelle Anleger in der Praxis kaum überprüfbar.

Ich führe noch weiter aus, warum wir von der FDP-Liberalen Fraktion diese Initiative zur Ablehnung empfehlen. Die Durchsetzung dieses Verbots würde zu einem massiven Ausbau der Kontrollbürokratie führen. Zudem dürfen die Folgen auf operativer Ebene bei der Nationalbank, bei Pensionskassen und bei der AHV nicht unterschätzt werden. Die KMU sind das Rückgrat unseres Wohlstandes. Sie stellen Arbeitsplätze sicher und würden unter dieser Initiative stark leiden. Ich darf an dieser Stelle drei konkrete Beispiele nennen:



- Rewag, ein Präzisionsmechanik-Hersteller, dessen Produkte unter anderem in den professionellen, uns allen bekannten Nespresso-Maschinen verbaut werden, stellt auch Teile für Flugzeuge her.
- Franke, ein Aargauer Unternehmen, stellt Küchen und Bäder her. Es ist ein Unternehmen, welches auch Spezialbeschichtungen herstellt, unter anderem für Güter der Wehrtechnik.
- Glas Trösch produziert Fenster, darunter auch solche für Flugzeugcockpits.

Je nach Auftragslage und Jahr variiert bei diesen Schweizer Arbeitgebern und Unternehmen der Umsatzanteil des Bereichs Wehrtechnik. Ob er die Fünf-Prozent-Schwelle erreicht, wird Ende Jahr beurteilt.

Investitionen in diese KMU wie auch in die Rüstungsunternehmen in der Schweiz sind zur Wahrung unserer Unabhängigkeit und einer minimalen Autonomie unserer Schweiz wichtig. Würden wir diese Investitionen nicht mehr tätigen, würden auch die Investitionen in die Zulieferbetriebe fehlen. Wir sind überzeugt, dass diese enorm wichtig sind. Was wir hingegen begrüßen, sind die Kriterien der Environment Social Governance in Investmentanalysen und Entscheidungsfindungsprozessen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass diese noch nicht bei allen angehörten Kreisen gleichermassen angewendet werden. Hier besteht bestimmt Handlungsbedarf.

Erlauben Sie mir im Zusammenhang mit den Exporten noch folgenden Hinweis: Das SECO hat soeben die Zahlen zu den Ausfuhren von Kriegsmaterial zwischen 1983 und 2019 publiziert. Der Anteil der Kriegsmaterialexporte am Gesamtexportvolumen der Schweiz betrug 2019 ganze 0,23 Prozent. 2018 waren es 0,17 Prozent. Der höchste Anteil in den letzten vierzig Jahren lässt sich im Jahr 1987 mit 0,86 Prozent finden.

Ich fasse zusammen: Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist für uns zentral. Wir greifen hier nicht in die Geschäftspraktiken ein. Wir unterstützen keine willkürlich gewählte Umsatzschwelle, ab welcher ein Unternehmen unter die Kategorie "Kriegsmaterialproduzent" fällt. Bitte empfehlen Sie zusammen mit meiner Fraktion diese Initiative zur Ablehnung.

Abzulehnen ist ausserdem die Minderheit Graf-Litscher, nach der die Vorlage an die Kommission zurückgewiesen werden soll, um einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Wir haben in der Kommission bereits einen möglichen indirekten Gegenvorschlag geprüft und für untauglich befunden. In diesem Sinne bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD): Le groupe libéral-radical recommande à l'unanimité le rejet de l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre". Pourquoi? Parce qu'elle contient des éléments hautement problématiques, notamment l'intervention politique dans les affaires de la Banque nationale suisse, ainsi que le seuil de cinq pour cent du chiffre d'affaires pour définir les producteurs de matériel de guerre.

Le PLR a toujours reconnu l'indépendance de notre Banque nationale et s'est opposé aux interventions politiques. Cette initiative engendrerait de nouvelles ingérences politiques, avec le risque que cela devienne un instrument politique à l'avenir, ce qu'il refuse clairement.

L'initiative prévoit aussi d'établir une définition très stricte des producteurs de matériel de guerre. Ainsi, toute entreprise dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre est concernée. Cette initiative toucherait de nombreuses PME suisses. Non seulement le seuil de cinq pour cent instaurerait une définition arbitraire, mais il engendrerait aussi une situation ingérable en pratique. De nombreux biens civils peuvent également être utilisés dans le secteur militaire, dans certaines circonstances – nous le savons bien. Pour un investisseur, il est en pratique impossible de savoir ce qui relève ou non de la production de matériel de guerre, d'autant plus que la proportion des ventes de matériel qui pourrait être considéré comme du matériel de guerre peut évidemment changer chaque année.

Il est fort à craindre que l'initiative restreigne sévèrement le travail des investisseurs institutionnels, mais aussi que des investissements dans les PME suisses soient soudain retirés du marché par prudence de la part des investisseurs – ma collègue vous a donné plusieurs exemples d'entreprises qui seraient touchées.

Cette initiative est avant tout une source d'incertitude supplémentaire pour la place économique suisse, sans qu'elle nous permette pour autant de nous rapprocher de l'objectif réel et noble d'un monde plus pacifique. Les investisseurs institutionnels appliquent déjà des critères stricts en ce qui concerne les aspects environnementaux, sociaux et de gouvernance. L'objectif d'un monde plus pacifique doit bien entendu être poursuivi. Toutefois, nous savons aussi que cet objectif ne peut pas être atteint par une interdiction de financement limitée uniquement à la Suisse.

L'engagement de la Suisse au niveau international pour promouvoir la paix dans le monde est, lui, beaucoup plus efficace. Il existe aujourd'hui déjà une interdiction de financement pour les armes atomiques, biologiques et chimiques, ainsi que pour les armes à sous-munitions et les mines antipersonnel. Selon les articles 8b et 8c de la loi fédérale sur le matériel de guerre, il est interdit de financer directement ou indirectement le



développement, la fabrication ou l'acquisition de matériels de guerre prohibés.

La loi en vigueur est stricte, stricte quant au financement et quant à l'exportation de matériel de guerre, ce que le groupe libéral-radical soutient. L'initiative que nous traitons aujourd'hui va par contre beaucoup plus loin que la loi actuelle, sans permettre d'atteindre le but idéal d'un monde pacifique.

Pour toutes ces raisons, le groupe libéral-radical vous prie de recommander le rejet de l'initiative, ainsi que de ne pas suivre la minorité Graf-Litscher, qui demande le renvoi du projet relatif à l'initiative populaire à la commission avec pour mandat d'élaborer un contre-projet indirect à l'initiative.

AB 2020 N 306 / BO 2020 N 306

Candinas Martin (M-CEB, GR): Die Ziele dieser Initiative sind – wie dies übrigens bei den meisten Initiativen der Fall ist – zu begrüßen. Auch die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP will Fluchtursachen bekämpfen, will den Frieden fördern, will die Neutralität schützen und will eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik. Die Schweiz engagiert sich bereits heute stark dafür und soll dieses Engagement auch in Zukunft fortsetzen.

Die Initianten tun jedoch so, als hätten wir heute eine völlig ungenügende Gesetzesregelung im Umgang mit der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Dabei kennt die Schweiz ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Antipersonenminen. Dieses Verbot hat sich bewährt. Die neuen Einschränkungen, welche die vorliegende Initiative verlangt, gehen uns zu weit. Sie sind unklar, bürokratisch, willkürlich, einschränkend und wirtschaftsfeindlich.

Wieso? Die Volksinitiative verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank sowie Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt wird. Wann ist man ein Kriegsmaterialproduzent? Und was heisst "Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"? Als Kriegsmaterialproduzenten definiert die vorgesehene Verfassungsbestimmung Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Erstens ist diese Schwelle von fünf Prozent völlig willkürlich gewählt. Die Initianten können nicht erklären, wieso gerade fünf Prozent und nicht beispielsweise null oder zehn Prozent. Zweitens ist eine Schwelle von fünf Prozent des Jahresumsatzes in der Praxis kaum umsetzbar. Der Anteil an Kriegsmaterial wird in dieser Form heute nicht offengelegt und ist wahrscheinlich nur schwer oder kaum überprüfbar. Auch kann der Anteil von Jahr zu Jahr schwanken. Mit einer solchen Schwelle schaffen wir Rechtsunsicherheit.

Zur Finanzierung: Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten gemäss der Volksinitiative die Gewährung von Krediten und Darlehen sowie Beteiligungen an Kriegsmaterialproduzenten, z. B. durch den Erwerb von Wertschriften oder den Erwerb von Finanzprodukten. Diese Vorgabe schränkt die Investitionsmöglichkeiten ein. Sie birgt Zusatzrisiken und bringt viel Bürokratie für Schweizer Banken und unsere Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

Weiter verlangt die Initiative, dass sich der Bund auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzt, dass für Banken und Versicherungen ebenfalls gleiche Bedingungen gelten. Ein solches Finanzierungsverbot auf internationaler Ebene ist nicht realistisch. Weder im Rahmen der Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien besteht der Wille für entsprechende Bestrebungen, und eine Umsetzung eines solchen Verbots durch andere Staaten mit einer grossen Industrie ist sehr unwahrscheinlich. Aus diesem Grund bliebe das globale Angebot an Rüstungsgütern auch nach einer Annahme der Initiative unverändert. Eine Annahme der Initiative bliebe in der Folge wirkungslos und würde weder zu einer friedlicheren Welt noch zu weniger Fluchtursachen führen. Trotzdem müsste die Schweiz die wirtschaftlichen Konsequenzen tragen.

Unsere Kommission hat auch Anhörungen durchgeführt. Nicht einmal der Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen hat sich für die Initiative ausgesprochen. Auch dies will etwas heissen.

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP erwartet von der Schweizerischen Nationalbank sowie von den Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge, dass sie eine auf ethische Grundsätze bedachte Anlagestrategie verfolgen. Wir werden das auch in Zukunft kritisch beobachten. Im Moment sehen wir jedoch keinen Handlungsbedarf.

Die Mitte-Fraktion – die EVP-Vertreter ausgenommen – hat einstimmig entschieden, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und die Rückweisung an die Kommission abzulehnen.

Rechsteiner Thomas (M-CEB, AI): Viele Menschen unterwerfen sich willig einer Mode oder einem Trend, denn sie wissen, dass die Verpackung wechseln muss, wenn der Inhalt interessant bleiben soll. Genau das ist im vorliegenden Geschäft der Fall: Die Volksinitiative hüllt ein Finanzierungsverbot für Kriegsmaterialproduzenten in ein neues Kleid, das auf den ersten Blick attraktiv erscheint. Der Inhalt hingegen ist aus Sicht der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP, aber auch aus Sicht der Eidgenossenschaft, der Wirtschaft und unserer eigenen



Armee, gelinde gesagt, gefährlich. Dies ist vor allem wirtschaftlich und sicherheitspolitisch der Fall.

Die KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Diese wären von der Initiative massiv betroffen. Viele KMU, welche nur in einer kleinen Sparte potenziell als Zulieferer zur Rüstungsindustrie tätig sind, müssten diese Kunden aufgeben, um z. B. in kollektiven Anlagegefässen und Fonds weiterhin gelistet zu sein. Diese KMU würden bei Annahme der Initiative auch gezwungen, Geschäftsstellen oder Produktionsstätten, die in der Mehrheit für zivile Güter genutzt werden, zu verlagern. Diese KMU würden geschwächt. Dabei handelt es sich auch um Firmen wie die Fisba AG in St. Gallen oder Franke, bekannt aus Küche und Bad.

Auch für Pensionskassenverantwortliche sowie für die Verantwortlichen des AHV-Fonds, Compenswiss, hätte dies einschneidende Konsequenzen. Diese stehen im Spannungsfeld, die Gelder unter den Aspekten der Sicherheit, eines genügenden Ertrags, der Diversifikation der Risiken und einer genügenden Liquidität anzulegen. Je nach Anlagestrategie hätte die Initiative also eine ungenügende Streuung der Anlagen mit einem stark erhöhten Anlagerisiko zur Folge, oder die Anlagen wären aufgrund eines zusätzlichen Verwaltungsaufwands mit sehr hohen Kosten verbunden. Beides würde sich negativ auf die Anlagevermögen auswirken, namentlich auf die Vorsorgegelder der Pensionskassen oder das Vermögen des AHV-Ausgleichsfonds, und das träfe nicht nur die KMU, sondern auch alle Versicherten der AHV sowie der Pensionskassen.

Die Unabhängigkeit der Nationalbank durch Investitionseinschränkungen via Volksinitiative anzugreifen, öffnet Tür und Tor für sachfremde Anliegen und gefährdet den Grundauftrag der Nationalbank, die Geldpolitik im Interesse des Landes und dabei die Preisstabilität zu gewährleisten. Eine einschneidende Einschränkung im Sinne der Initiative ist deshalb der falsche Weg, denn die Verantwortlichen von Pensionskassen, Compenswiss und Nationalbank setzen sich eigenverantwortlich mit den strategischen Fragestellungen der Anlagen auseinander. Der Entscheid bezüglich Umsetzung liegt beim obersten Organ dieser Institutionen. Diese Organe können auch abgewählt werden, wenn sie nicht nach ethischen Grundsätzen investieren.

Zur Sicherheitspolitik: Die Initiative hat auch einen Einfluss auf die Schweizer Armee. Die Souveränität und die Neutralität der Schweiz verlangen, dass die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee möglichst autonom sichergestellt wird. Entsprechend muss auch die Schweiz über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Es wäre sehr bedenklich, wenn wir die Gelder der AHV, der Pensionskassen wie auch der Nationalbank nicht in Schweizer Firmen investieren dürften, welche dazu beitragen, einen Verfassungsauftrag zu erfüllen. Ich erinnere an Artikel 58 der Bundesverfassung: "Die Schweiz hat eine Armee."

Zusammenfassend: Die Vertreter von CVP und BDP lehnen die Initiative wie auch die Rückweisung an die Kommission einstimmig ab, denn die Leidtragenden wären die Schweizer KMU als Zulieferer. Die Umsetzbarkeit der Initiative ist kaum gegeben, ihre Umsetzung wäre äusserst aufwendig, und sie schwächt die Planungssicherheit der Schweizer Armee.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): Waren Sie selber schon einmal in der Lage, bei einer Firma oder einer Stiftung über die Anlagestrategie zu diskutieren? Ich bin überzeugt, dass jeder Vorstand gerade in der heutigen Zeit solche Diskussionen mit viel Sorgfalt führt und sich Gedanken macht, wo und wie viel man investieren will.

Das Ziel dieser Initiative sind Vorgaben und Restriktionen für die Investitionen, an erster Stelle bei der Nationalbank, dann bei Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge. Wir von der CVP haben uns, wie viele andere hier im Rat, immer für die Unabhängigkeit der Nationalbank

AB 2020 N 307 / BO 2020 N 307

ausgesprochen. Dies wollen wir hier nicht ändern. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in der Verfassung Vorschriften für Anlagen gemacht werden und somit der Handlungsspielraum der Geschäftsleitungen und Vorstände eingeschränkt wird. Ganz besonders geht es nicht, dass sich die Nationalbank mit einer solchen Verfassungsänderung plötzlich mit Einschränkungen in ihren Anlagen und ihrem Finanzmanagement befassen muss, also nicht mehr unabhängig ist.

Konkret werden Investitionen in Firmen verboten, die zu mehr als fünf Prozent Kriegsmaterial produzieren. Was besonders stossend ist: Da wird nicht auf verbotene Waffen hingewiesen, sondern es sind alle Güter des Kriegsmaterials davon betroffen – also auch Gewehre und Panzer für unsere Armee oder Material, das die Schweizer Armee schlussendlich braucht. Es betrifft beispielsweise auch eine Firma, die Flugzeuge für die zivile Luftfahrt und daneben allenfalls auch noch Kampfflugzeuge produziert. Hier sind fünf Prozent überhaupt nicht realistisch, auch nicht begründet, sondern einfach eine Zahl, die man willkürlich aus der Luft gegriffen hat und die nun einen Massstab setzen soll.

Die Schweizer Rüstungsindustrie ist auf Gelder und Investitionen angewiesen und auch darauf, dass sie auf dem Schweizer Finanzmarkt präsent sein kann. Und nicht zu vergessen: Auch die Zulieferfirmen, das heisst



unsere KMU, sind schlussendlich von solchen Einschränkungen betroffen.

Ich bitte Sie, diese Volksinitiative, die für unsere Nationalbank und die Institutionen nur kontraproduktiv ist, zur Ablehnung zu empfehlen. Einen Gegenvorschlag empfehle ich ebenfalls zur Ablehnung. Ich bitte Sie aber auch, jeden und jede von Ihnen, bei Ihren Anlagen die Verantwortung wahrzunehmen und selber einen guten und richtigen Weg für Investitionen zu suchen. Dies kann jeder freiwillig tun, ohne gesetzliche Vorlage und ohne Verfassungsartikel.

Ryser Franziska (G, SG): 500 000 Menschen sterben jedes Jahr in bewaffneten Konflikten. Ganze Landstriche und Ökosysteme werden dabei nachhaltig zerstört. Millionen von Menschen verlieren ihr Zuhause: Sie müssen vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen. Das sind die Folgen der Kriege und bewaffneten Konflikte auf dieser Welt. Das sind die Folgen von Gewalt, von Waffeneinsatz und Vernichtung. Wer ist dafür verantwortlich? Sie und ich wahrscheinlich nicht, aber wir tragen eine Mitverantwortung, denn mit unserem Geld können diese Tötungsmaschinen überhaupt erst produziert und finanziert werden.

Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen investieren jährlich direkt Milliarden von Franken in Rüstungskonzerne, indem sie diesen Firmen Kredite oder Darlehen gewähren, indem sie aktiv Wertschriften dieser Firmen kaufen, oder indirekt, indem sie Finanzprodukte erwerben, in denen solche Wertschriften enthalten sind. Damit soll jetzt Schluss sein! Deshalb haben die Jungen Grünen und die GSoA diese Initiative lanciert.

Die Schweiz hat einen der grössten Finanzplätze: Ein Viertel des weltweit grenzüberschreitenden Vermögens wird in der Schweiz verwaltet. Wir sprechen hier von Milliarden, die in Firmen wie Lockheed Martin oder BAE Systems investiert werden. Die Initiative verlangt, dass der Nationalbank, den Pensionskassen und den Stiftungen solche Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden.

Der Bundesrat argumentiert, dass die Vorsorgeeinrichtungen bei einer Annahme der Initiative stark eingeschränkt würden und nur noch in wenige Anlageprodukte oder in Einzeltitel investieren könnten. Doch bereits heute werden ethische Standards bei der Auswahl von Finanzprodukten angewendet. So verzichtet die Nationalbank z. B. auf Investitionen in Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsverfahren in grober Weise gegen ethische Prinzipien verstossen, mit anderen Worten: Unternehmen, die die grundlegenden Menschenrechte massiv verletzen oder die in die Produktion international geächteter Waffen involviert sind. Diese Instrumente bestehen also bereits, ohne dass die Flexibilität der Nationalbank dadurch eingeschränkt würde, ohne dass ihre Neutralität darunter leiden würde.

Die Initiative fordert nur, dass diese Kriterien auf alle Kriegsmaterialien ausgeweitet werden, denn es macht keinen Unterschied, ob eine Waffe international geächtet ist oder nicht: Sie hat den gleichen Zweck, sie tötet Menschen, verbreitet Trauer und Leid. Es geht bei dieser Initiative nicht um ein Verbot von Waffenexporten oder darum, Waffen generell zu verbieten. Es geht lediglich darum, dass das internationale Kriegsgeschäft nicht mit unseren Pensionskassengeldern und Spareinlagen finanziert werden soll.

Die Schweiz setzt sich seit Jahrzehnten für eine aktive Friedenspolitik ein. Führen wir dieses Engagement konsequent weiter – nicht nur, indem wir Friedensverhandlungen auf dem diplomatischen Weg unterstützen oder internationale Abkommen gegen Waffenexporte in Kriegsgebiete unterzeichnen, sondern indem wir handeln, indem wir unseren Spielraum nutzen und die Kriegsgeschäfte von Schweizer Finanzplatzakteuren unterbinden.

Die Auswirkungen der Kriege und bewaffneten Konflikte sieht man jeden Tag, wenn man die Nachrichten liest oder wenn man mit Menschen spricht, die aus Kriegsgebieten in die Schweiz geflohen sind. Was sie erlebt haben, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Aber wir können dafür sorgen, dass diese Konflikte in Zukunft nicht mit Waffen ausgetragen werden, deren Produktion wir mitfinanziert haben.

Stimmen wir daher dieser Initiative zu, damit kein Schweizer Geld mehr für Tod und Elend eingesetzt wird, damit kein Schweizer Geld mehr die Neutralität der Schweiz abschwächt und damit kein Schweizer Geld mehr für die Kriege dieser Welt ausgegeben wird!

Friedl Claudia (S, SG): Die Nationalbank und die Pensionskassen investierten mehrere Milliarden Franken in Rüstungskonzerne und in ihre Zulieferkonzerne. Mich hat das schockiert, als ich davon erfuhr, denn die Unterstützung von geächteten Waffen ist heute bereits verboten. Die heutige Gesetzgebung hat aber bei der indirekten Finanzierung viele Schlupflöcher, sodass die Geschäfte sehr intransparent werden. So muss festgestellt werden, dass die Nationalbank und die Pensionskassen indirekt auch in Atomwaffen- und Antipersonenminen-Produzenten investieren. Wem von Ihnen war das bewusst? Da braucht es eine Korrektur!

Im Nationalrat haben wir letztes Jahr beschlossen, dass der Bundesrat den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen soll. Wir wollen, dass Atomwaffen abgebaut werden und irgendwann der Vergangenheit angehören. Da ist das Verhalten unserer institutionellen Anleger und der Nationalbank absolut kontraproduktiv, wenn sie in-



direkt in die Herstellung neuer Atomwaffen oder sonstiger geächteter Waffen investieren. Das darf nun wirklich nicht sein!

Die Nationalbank beispielsweise kommt immer mit dem gleichen Argument: Sie würde Geldpolitik betreiben und keine inhaltliche Politik; die Politik müsse die Gesetze machen. Ganz genau! Dann machen wir sie jetzt! Jetzt haben wir diese Möglichkeit: Mit der Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" können wir der Nationalbank, den Pensionskassen und den Vorsorgesystemen verbieten, in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren. Damit können wir erreichen, dass dieses tödliche Geschäft nicht mehr mit unserem Geld unterstützt wird.

Der Bundesrat argumentiert in seiner Botschaft zur Initiative, diese würde den Vorsorgeeinrichtungen und der Nationalbank schaden. Er argumentiert auch mit dem Finanzplatz Schweiz, ganz nach dem Motto: zuerst das Geld, dann die Moral. Doch die Schweiz ist der Sitz des Roten Kreuzes, der UNO und vieler Organisationen, welche sich für den Frieden einsetzen. Wir müssen endlich eine kohärente Politik im Sinne der Menschlichkeit betreiben.

Deshalb unterstütze ich die Initiative und vor allem auch die Rückweisung an die Kommission zur Formulierung eines indirekten Gegenvorschlages. Mit diesem können die Lücken in der indirekten und direkten Finanzierung von Kriegsmaterial geschlossen werden. Er sorgt auch für mehr Transparenz bei den Geldanlagen. Das ist dringend nötig. Wem also die Initiative zu weit geht, der hat hier die Möglichkeit, über den Gegenvorschlag etwas zu tun. Wird dieser Gegenvorschlag nicht angenommen, unterstütze ich ganz klar die Initiative, denn der Handlungsbedarf liegt ganz klar auf dem Tisch.

AB 2020 N 308 / BO 2020 N 308

Crottaz Brigitte (S, VD): En préambule, je rappelle que la Suisse a inscrit dans sa législation en 2013 une interdiction de financer les armes nucléaires, biologiques ou chimiques, ainsi que les armes à sous-munitions et les mines antipersonnel. Cette interdiction est toutefois lacunaire, et l'initiative populaire dont nous parlons aujourd'hui souligne la responsabilité de chacun sur le plan éthique.

L'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre" vise à modifier la Constitution en y inscrivant qu'il est interdit pour la Banque nationale suisse, les fondations, les institutions de prévoyance publique et de prévoyance professionnelle de financer des entreprises dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre. La règle de cinq pour cent est déjà un standard utilisé par les institutions désireuses de suivre les critères éthiques ESG, à savoir des investissements qui prennent en compte les critères environnementaux, sociaux et de gouvernance.

Dans notre pays, plusieurs entreprises, petites ou plus grandes, produisent tout ou partie d'objets considérés comme du matériel de guerre et sont parfois financées partiellement par des fonds publics. La population doit avoir le droit de dire si elle est d'accord ou non que son argent soit investi dans des armes qui se retrouvent parfois dans des zones de conflit.

La commission s'est prononcée majoritairement contre cette initiative sous prétexte, comme toujours, qu'elle porterait atteinte à l'économie. L'autre argument est que la Suisse doit disposer de compétences dans la production de matériel de guerre et que le marché suisse est trop petit pour maintenir les entreprises en vie. Dommage, en effet, nous n'utilisons pas assez de matériel de guerre dans notre pays, il faudrait donc impérativement, pour que la Suisse soit autonome en cas de conflit armé – situation peu probable –, livrer à différents pays, souvent en guerre, du matériel produit en Suisse. Cela permet en effet de faire tourner l'économie suisse, et tant pis si cela crée des dommages dans d'autres pays du monde.

Les opposants argumentent par ailleurs qu'une interdiction de financer les producteurs de matériel de guerre en Suisse n'aurait aucun impact sur l'offre et la demande de matériel de guerre dans le monde, vu l'influence restreinte de notre pays. Voilà une façon de se donner bonne conscience en estimant que l'influence de notre pays est restreinte dans le marché du matériel de guerre mondial et qu'il n'y a donc pas de raison de s'en priver. Toutefois, la hausse des ventes de matériel de guerre à l'étranger de 43 pour cent en 2019 va à l'encontre de cette déclaration.

Demain, nous discuterons du rapport de politique extérieure 2019 de la Suisse ainsi que de la Stratégie de politique extérieure 2020–2023, dont le premier objectif est la paix et la sécurité dans le monde. Voilà donc deux discours diamétralement opposés. On investit des sommes considérables pour la promotion de la paix dans le monde et on nourrit l'économie locale en finançant sa production de matériel de guerre.

Comment la Suisse, dont on verra lors de l'examen du rapport de politique extérieure qu'elle se félicite de ses bons offices, peut-elle continuer à se présenter comme médiatrice dans des conflits où une partie des armes provient de son territoire? Comment la Suisse peut-elle rester crédible dans son rôle de bons offices si elle



continue à financer les producteurs de matériel de guerre et à en exporter? Est-on vraiment dans une logique de promotion de la paix?

La Suisse ne peut pas non plus se présenter comme un modèle de réussite économique si cette réussite repose en partie sur le financement de fabricants de matériel de guerre et sur la vente d'armes de guerre à des pays qui, pour certains, ne respectent pas les droits de l'homme.

Une minorité souhaite renforcer l'interdiction du financement indirect des armes interdites au moyen d'un contre-projet indirect et accroître la transparence pour les investisseurs responsables grâce à des dispositions ad hoc.

Le groupe socialiste soutient fermement ce contre-projet ainsi que l'initiative populaire. Je vous remercie d'en faire autant pour donner une image cohérente de notre politique de promotion de la paix.

Glättli Balthasar (G, ZH): Ich erinnere mich: Als ich jung war, gab es – ich weiss nicht, wie lange – einen Werbespruch der Zürcher Kantonalbank, der hiess: "Hier muss Ihr Geld arbeiten!" Wir alle sind mit der zweiten Säule Zwangssparerinnen und Zwangssparer. Ich will nicht, dass es in unseren Gesetzen weiterhin heisst: "Hier darf Ihr Geld, das Sie einzahlen müssen, töten!" Wer in Kriegsgeschäfte investieren will, soll das privat tun und nicht die ganze Bevölkerung dazu zwingen.

Darum sage ich Ja zur Initiative.

Dandrès Christian (S, GE): Permettez-moi de rappeler tout d'abord trois évidences. Les entreprises qui fabriquent des armes ne le font pas pro bono, ce ne sont pas des institutions philanthropiques. Ces armes, elles sont considérées comme des marchandises et elles ont pour objectif de réaliser un bénéfice et des rendements sur les capitaux investis. Or – deuxième évidence –, pour réaliser ce profit, il faut que ces armes puissent être vendues. Donc – troisième évidence – les producteurs et les marchands d'armes jouent un rôle sur le nombre de conflits armés et sur l'ampleur des destructions qu'ils entraînent. Bien entendu, je ne prétends pas ici que les entreprises sont la cause des conflits armés. Dans le message du Conseil fédéral, les origines des conflits sont mises en avant: les inégalités sociales; la tyrannie de certains régimes; les discriminations, notamment religieuses.

Permettez-moi de citer l'exemple de la guerre en Syrie, qui est particulièrement éclairant. Tout d'abord, on a vu se produire une révolution sociale contre un régime brutal qui a instauré une dictature depuis 1963. Rapidement, on a constaté une militarisation du conflit après que les forces gouvernementales ont tiré à balles réelles sur des manifestants, et le vaste mouvement populaire était à deux doigts de faire tomber le régime au moment où la Russie est intervenue à la demande de la famille Assad, en 2015, et a engagé des moyens militaires extrêmement importants qui ont renversé, évidemment, le rapport de force. Ce dernier point est important pour une raison simple: le fait que des armes aient pu servir lors d'opérations de combat est un argument décisif pour que ces armes puissent être vendues. Si vous lisez les études qui ont été faites, notamment en France, vous verrez effectivement que l'armée française a des armes qui ont servi et que, dès lors, les entreprises qui les ont produites bénéficient d'un avantage concurrentiel et ont plus de facilité à pouvoir les écouler.

Un constat s'impose sur la base de l'expérience syrienne, à savoir qu'écouler des armes et soutenir le complexe militaro-industriel, cela va de pair avec une politique néo-impérialiste. Acheter du matériel de guerre, c'est s'inscrire dans un choix géopolitique, cela signifie se mettre sous la protection ou se ranger dans le camp d'une puissance mondiale ou d'une puissance régionale ou, en tout cas, entrer dans un jeu d'influence international. On a des situations où certains Etats mènent des guerres de substitution. Cela a été le cas en Syrie, toujours, où l'Iran a en quelque sorte mandaté le Hezbollah pour intervenir comme appui au régime d'Assad. L'initiative offre un avantage énorme en cela qu'elle veut rompre avec cette logique belliciste qui sous-tend le développement du secteur économique et politique de l'armement. C'est une initiative d'une grande importance que, naturellement, le Parti socialiste va soutenir puisqu'il en est à l'origine, fidèle à une tradition de pacifisme et d'internationalisme – et vous me permettrez de citer la mémoire de Robert Grimm, éminent membre du Parti socialiste suisse et organisateur de la conférence de Zimmerwald, en 1915, qui a été un véritable espoir en pleine guerre mondiale.

Permettez-moi de revenir sur quelques aspects du message du Conseil fédéral avec tout d'abord un regret. Il se dégage de ce message une odeur de realpolitik très mercantiliste et c'est regrettable. C'est porter un coup à la tradition humanitaire de notre pays. Je relève aussi que le Conseil fédéral dit que les rentes seraient menacées, de même que l'emploi.

Sur l'emploi, la question fondamentale est de savoir si l'argent des salariés doit financer des armes qui serviront à tuer, à mutiler ou à blesser d'autres salariés ailleurs dans le monde. A l'évidence, pour le Parti socialiste,



la réponse est non. Cet

AB 2020 N 309 / BO 2020 N 309

argent doit servir à répondre aux besoins sociaux – je pense en particulier aux logements dont la plupart des villes ont cruellement besoin – et à la question de la transition énergétique. L'industrie des machines peut parfaitement répondre à ce besoin, sa finalité n'étant pas de construire des armes.

Sur la question des coûts de gestion et de la diversification des investissements des institutions de prévoyance professionnelle, je me permets de faire une remarque: on aurait aimé que le Conseil fédéral fait preuve d'autant de sollicitude lorsqu'il s'est agi de traiter de la quote-part minimum LPP qui permet aujourd'hui aux assureurs privés, qui couvrent plus de la moitié des salariés de Suisse, de récupérer près de 600 millions de francs par année. Je ne crois pas que le Conseil fédéral s'en soit ému.

Il faut constater qu'il y a aujourd'hui des alternatives pour que l'argent des salariés ne soit pas investi dans des armes. On a parlé tout à l'heure – et je n'y reviendrai pas – de l'Association suisse pour des investissements responsables et je voudrais simplement préciser que la Caisse de pensions de la Migros, notamment, est rattachée à ce système et qu'elle offre des prestations excellentes. Il n'y a donc pas d'antinomie entre la qualité des prestations et les propositions qui sont formulées dans le cadre de l'initiative.

Plus fondamentalement, et pour conclure, je crois que les Suissesses et les Suisses ont le droit de décider du cadre fondamental dans lequel les rapports sociaux doivent s'exercer dans ce pays, y compris lorsqu'il s'agit de l'activité financière, et que le cadre constitutionnel et conventionnel doit s'appliquer à toutes et tous. Le législateur ne peut pas donner plus d'autonomie à la Banque nationale ou aux fondations de prévoyance qu'il n'en a lui-même.

C'est la raison pour laquelle il est fondamental de soutenir cette initiative.

Walliser Bruno (V, ZH): Diese Volksinitiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit – ja genau: weltweit – von der Schweiz aus verbieten. Sie verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Unternehmen untersagt wird, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Zu meiner Vorrednerin, Frau Nationalrätin Friedl: In geächtete Kriegsmaterialien und in Atomwaffen investiert die Nationalbank sicher nicht, genauso wenig wie die Einrichtungen der staatlichen und der beruflichen Vorsorge.

Diese Volksinitiative betrifft Schweizer Unternehmen, an die Sie bestimmt nie gedacht hätten: zum Beispiel die Glas Trösch AG, die unter anderem Fenster für Gebäude, aber auch für Flugzeugcockpits herstellt. Sie betrifft die WZW-Optic AG, ein weltweit führendes Unternehmen in der Optikbranche, das beispielsweise Linsen für Medizintechnik produziert, aber auch Linsen für Drohnen. Als letztes Beispiel nenne ich die Rewag Feinmechanik AG, eine Herstellerin von Präzisionsmechanik aus Waldkirch, St. Gallen, deren Produkte unter anderem in Nespresso-Kaffeemaschinen verbaut werden; Rewag stellt aber auch Teile für Flugzeuge her.

Je nach Auftragslage und Jahr variiert bei diesen Schweizer Unternehmungen, die sehr viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, der Anteil am Umsatz im Bereich der Wehrtechnik. Wie wollen Sie für diese Fälle die Fünf-Prozent-Hürde umsetzen? Weiter ist zu bedenken, dass nicht nur die vermeintlichen Hersteller von Wehrtechnik betroffen sind, sondern es indirekt auch deren Zulieferer treffen kann. Investitionen in diese KMU, aber auch in die Rüstungsunternehmen in der Schweiz, sind zur Wahrung der Unabhängigkeit und einer minimalen Autonomie der Schweiz sehr wichtig.

Diese Volksinitiative ist eine Gefahr für unsere Sicherheit. Um die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee autonom sicherstellen zu können, muss die Schweiz über Kompetenzen bei der Herstellung von Kriegsmaterial verfügen. Muss Kriegsmaterial vermehrt im Ausland beschafft werden, wird die Schweiz abhängiger und kann die Neutralität nicht mehr souverän wahrnehmen. Ausserdem macht diese Initiative die Welt nicht sicherer, nein, sie schadet einzig und allein der Schweiz, den Schweizer Arbeitsplätzen, den Schweizer Unternehmen, wofür sich die ausländische Konkurrenz bedankt.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen und auf eine Rückweisung zu verzichten.

Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Kürzlich hat US-Präsident Donald Trump ein starkes Argument für die Volksinitiative der GSoA und der Jungen Grünen geliefert: Er hat das von seinem Vorgänger Barack Obama verhängte Verbot, Landminen einzusetzen, wieder aufgehoben – ja: aufgehoben! Allein letztes Jahr sind 7000 Menschen ums Leben gekommen, weil eine Tretmine unter ihnen detoniert ist. Die Mehrheit der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder. 7000 Menschen! Das ist etwa, wie wenn von einer Minute auf



die andere die Bevölkerung von Bex, Bottmingen, Bremgarten im Aargau, Bubikon, Capriasca, Diepoldsau, Haute-Sorne oder Herzogenbuchsee ums Leben käme.

Zurück zu den USA: Mit der Aufhebung des Verbots von Landminen darf die US-Armee die höchst gefährlichen und besonders heimtückischen Waffen weltweit wieder einsetzen. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat kritisiert, dass die Zulassung von Landminen "den internationalen Bemühungen, eine minenfreie Welt zu erreichen, zuwiderläuft".

Die Schweiz gehörte zu den ersten Staaten, welche den Ottawa-Vertrag unterzeichneten. Dieser Vertrag will erreichen, dass bis 2025 weltweit keine Antipersonenminen mehr eingesetzt werden. Wenn die Schweiz konsequent ist, verbietet sie jegliche, auch indirekte Finanzierung solcher Waffen. Das macht sie, indem sie der Volksinitiative der GSoA und der Jungen Grünen "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" zustimmt. Diese Initiative bietet die Chance, Menschenleben zu retten. Sie bietet auch die Chance, die Neutralität zu bekräftigen – dies ist nach der Crypto-Affäre besonders nötig.

Die Finanzierung von Waffen bedeutet eine indirekte Beteiligung an den Kriegen, in denen diese Waffen eingesetzt werden. Ist es nicht der Kern der Neutralität, dass wir uns nicht an Kriegen beteiligen, weder direkt noch indirekt? Danke für Ihre Unterstützung.

Marti Samira (S, BL): 2017: Die Schweizerische Nationalbank investiert 177 Millionen Franken in die Firma Raytheon. Raytheon produziert Bomben, die im Jemen-Krieg gegen Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden.

2018: Die UBS investiert 3,4 Milliarden Franken in die Firma Boeing und knapp 1 Milliarde in die Firma Lockheed Martin. Die von diesen Unternehmungen produzierten Kampffjets werden durch Saudi-Arabien und durch die Vereinigten Arabischen Emirate ebenfalls im Jemen-Krieg eingesetzt.

Januar 2020: Die ganze Welt schaut angespannt in den Iran. Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran droht zu eskalieren, die Frage stellt sich: Mündet die Situation in offenen Krieg? Man meint, nur die Despoten dieser Welt könnten von dieser Situation profitieren – aber nein, die Schweizerische Nationalbank machte alleine in der ersten Woche dieses Jahres 30 Millionen Franken Gewinn!

Die Schweiz besetzt weltweit den neunten Platz, wenn es darum geht, in Atomwaffen zu investieren. Allein im Jahr 2018 haben Schweizer Banken gemeinsam mit der Nationalbank 9 Milliarden Franken in Atomwaffenproduzenten investiert. Allein 6,3 Milliarden kamen von der UBS.

Diese Geschäftspraktiken finden viele Schweizerinnen und Schweizer stossend. Darum ist im Sommer 2018 auch diese Initiative zustande gekommen. Die "Handelszeitung" formulierte es in einem Leitartikel sehr treffend: "Es wäre mehr als peinlich, wenn der Präsident der Nationalbank, der unablässig auf seine Unabhängigkeit pocht, vom Volk zu einer Änderung seiner Anlagestrategie gezwungen würde. Viel gescheiter wäre es, er würde sie bereits heute anpassen. Freiwillig." Freiwillig gemacht haben das bereits die Pensionskassen Zürich, Basel-Stadt und Bern. Damit dies auch schweizweit passiert, braucht es offenbar ein Ja zu dieser Initiative. Drei Gründe möchte ich dazu hervorheben:

1. Im Kriegsmaterialgesetz gibt es bereits das Verbot, in verbotenes Kriegsmaterial, wie zum Beispiel Atomwaffen, zu

AB 2020 N 310 / BO 2020 N 310

investieren. Nur funktioniert dieses Gesetz nicht. Es ist faktisch nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben steht. Die Initiative schliesst dieses Schlupfloch und verhindert Investitionen in verbotenes Kriegsmaterial ein für alle Mal.

2. Diese Initiative hilft mit, Fluchtursachen zu bekämpfen. Viele Kriege dieser Welt sind nur möglich, weil eben grosse Waffenkonzerne, auch aus dem Westen, an autokratische Staaten wie die Türkei oder Saudi-Arabien Waffen liefern. Unsere Banken, unsere Versicherungen, unsere Pensionskassen und auch unsere Nationalbank verdienen dabei mit. Wenn ein grosser Finanzplatz wie die Schweiz dem einen Riegel vorschiebt – immerhin ein Viertel der weltweiten Vermögen werden hier verwaltet –, dann hat das Signalwirkung.

3. Diese Initiative ist vernünftig und moderat. Es geht nur darum, dass die roten Linien bei den Investitionen strikter gezogen werden, wie es zum Beispiel auch einer der weltweit grössten Fonds bereits heute macht: Der norwegische Staatsfonds mit einem Anlagevolumen von 900 Milliarden investiert nicht in geächtetes Kriegsmaterial.

Ein Experte des ultraliberalen Vermögens-Zentrums meint: Ja, wer nachhaltig investiert, muss keine Abstriche bei der Rendite machen, im Gegenteil. Was also spricht gegen diese Initiative ausser Ideologie? Schliesslich geht es darum, unsere humanitäre Tradition wiederzubeleben und einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten, auch wenn es ein kleiner ist. Es ist schliesslich unser Volksvermögen, das hier zu Milliarden in



Rüstungskonzerne investiert wird. Damit muss Schluss sein. Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie der Initiative zu.

Feri Yvonne (S, AG): Kinder müssen gewisse Regeln einhalten, um sich zu schützen. "Wenn ich etwas Verdächtiges sehe, darf ich nicht hingehen. Es explodiert, und dann muss ich sterben, oder ich bin verwundet. Manchmal bin ich auf der Strasse, wenn geschossen wird. Dann renne ich in den nächsten Hauseingang, um mich zu verstecken. Auch wenn ich versteckt bin, habe ich sehr grosse Angst. Ich will keinen Krieg. Hoffentlich gibt es bald Frieden in meinem Dorf."

Das sind die Worte eines elfjährigen Mädchens, das in einem Kriegsgebiet aufwächst. Jedes zehnte Kind befindet sich wie dieses Mädchen in einem Kriegs- oder Konfliktgebiet. Die insgesamt 420 Millionen betroffenen Kinder leben in ständiger Angst, leiden Hunger, verlieren nahe Angehörige durch Waffengewalt, können nicht in die Schule gehen, werden als Kindersoldaten eingesetzt. Für sie bestehen Kinderrechte nur auf dem Papier. Wir alle machen uns mitverantwortlich für das Elend dieser Kinder, indem die Kriegsindustrie mit dem Kapital unserer Altersvorsorge mitfinanziert wird.

Gemäss Botschaft des Bundesrates wäre der Mehraufwand zu gross, der für die Schweizerische Nationalbank, für Stiftungen, für Pensionskassen und für Compenswiss entstünde, um solche Kriegsinvestitionen auszuschliessen. Die Schweiz tue mit ihrer Friedensförderung und Menschenrechtspolitik bereits viel, um die Ursachen von bewaffneten Konflikten zu bekämpfen. Viel ist gut, aber bei Kriegen braucht es mehr, ohne Rücksicht auf einen zusätzlichen Aufwand. Mit einem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten kann die Schweiz international vorangehen und ein Umdenken einläuten. Das braucht zwar Mut und Selbstbewusstsein, entspricht aber voll und ganz der humanitären Tradition unseres Landes. Setzen wir gemeinsam ein starkes internationales Zeichen und sorgen wir dafür, dass kein Geld mehr über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt.

Meine Fraktion schlug Mitte Januar 2020 vor, die Inhalte der Volksinitiative, über die wir heute diskutieren, in einem indirekten Gegenvorschlag weiterzuentwickeln. Die Zielsetzungen eines solchen Gegenvorschlages sind für uns klar. Einerseits sollen bestehende Schlupflöcher bei der Finanzierung von in der Schweiz verbotenen Kriegsmaterial geschlossen werden. Andererseits sollen umfassende Transparenzvorschriften für die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten erlassen werden.

Es ist schade, dass sich unsere vorberatende Kommission mit 15 zu 10 Stimmen gegen die Ausarbeitung eines solchen Gegenvorschlages ausgesprochen hat. Doch der Zug ist noch nicht abgefahren. Wir können heute der Minderheit Graf-Litscher folgen und unsere Sicherheitspolitische Kommission beauftragen, eine Kommissionsinitiative auszuarbeiten. Denken wir vor unserer Entscheidung nochmals an die Not und das Elend von Kindern und auch Erwachsenen in Kriegsgebieten, und nehmen wir dann in der Abstimmung unsere Verantwortung gegenüber diesen Menschen wahr, indem wir uns heute deutlich gegen die finanzielle Beteiligung am Geschäft mit Kriegen aussprechen!

In diesem Sinne rufe ich Sie auf, für die beiden Minderheitsanträge zu stimmen.

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): L'interdiction de financer les armes nucléaires, les armes biologiques, les armes chimiques ou les mines antipersonnel est évidemment essentielle, mais cela ne suffit pas. Et même si son influence est restreinte, la Suisse peut donner un signal; elle peut servir de modèle; elle peut montrer l'exemple. C'est précisément ce que défend l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", directement adressée à la place financière suisse.

Nous le savons très bien, cette place financière joue un rôle certain en Suisse, tant sur la question climatique, alors qu'elle investit massivement dans les énergies fossiles, que sur la question des guerres dans le monde entier, quand elle accepte de financer des producteurs de matériel de guerre.

Le Secrétariat d'Etat à l'économie notait d'ailleurs très récemment, pas plus tard qu'aujourd'hui, en s'appuyant sur un rapport publié début mars, que les ventes de matériel de guerre à l'étranger avaient augmenté de 43 pour cent. Les pays concernés sont le Danemark, l'Allemagne, mais aussi le Bangladesh. Comment comprendre, aujourd'hui, cette Suisse qui est prête à financer des conflits et, en parallèle, à soutenir activement le réseau diplomatique?

Aujourd'hui, l'Afghanistan, le Yémen, le Soudan du Sud, la République centrafricaine, la République démocratique du Congo, la Syrie, l'Irak, le Mali, le Nigeria ou encore la Somalie sont en guerre. Des guerres qui font des morts, des ravages dans la société et dont les premières victimes sont souvent des enfants. Un récent rapport de l'ONG Save the Children précisait qu'en 2017, 18 pour cent de tous les enfants du monde – c'est-à-dire près de 420 millions d'enfants – vivaient dans des zones touchées par des conflits, soit presque 1 enfant sur 5, qui souffre de la faim, du manque d'hygiène ou d'accès aux soins de santé, autant de conséquences directes



de la guerre.

La Suisse, évidemment, ne doit pas être partenaire de la guerre, au contraire. Elle doit jouer un rôle clé pour la paix dans le monde. Pour les Verts, le financement de matériel de guerre n'est pas digne d'un pays neutre qui doit oeuvrer pour la paix. La Suisse doit exporter son aide et des solutions pacifistes et, évidemment, la Suisse ne doit pas exporter la guerre.

Les Verts ne veulent être ni témoins, ni complices. Ils refusent, sous la pression de retombées négatives qui affecteraient dans une mesure excessive l'activité de la Banque nationale suisse, mais aussi celle des fondations, des caisses de pension et des fonds de compensation, de menacer des populations entières et, par là même, de favoriser la violation des droits humains.

Les fonds de compensation annonçaient d'ailleurs dernièrement que cette initiative était raisonnable. Je pense qu'ici et aujourd'hui, la place financière doit entendre ce mot: cette initiative est raisonnable. La place financière peut s'associer à ces propos, elle pourrait le faire. Elle peut investir ailleurs. Elle peut jouer un rôle clé dans les investissements durables et dans l'aide humanitaire.

Marchesi Piero (V, TI): Il principale obiettivo dichiarato dai promotori dell'iniziativa è quello di vietare il finanziamento dei produttori di materiale bellico da parte della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e degli istituti della previdenza statale e professionale. Ma cosa fa già oggi la Svizzera in questo senso? La Svizzera sostiene misure di promozione della pace e della neutralità e si impegna in favore di condizioni di sicurezza e di politica estera credibili e coerenti. Questi sono

AB 2020 N 311 / BO 2020 N 311

gli obiettivi del nostro paese – e la Svizzera li persegue con coerenza.

Come accade spesso, dietro gli accattivanti titoli delle iniziative, si nasconde un testo, come in questo caso, che in caso di approvazione dell'iniziativa avrebbe conseguenze molto pericolose. Alcuni esempi: il termine "produttori di materiale bellico" è molto generico. Applicare la proibizione a tutto il settore equivarrebbe ad impedire qualsiasi attività legata al settore, e le conseguenze per i posti di lavoro nel paese sarebbero devastanti. Per i fondi di investimento delle casse pensioni verrebbe a mancare una branche importante di investimento nei loro portafogli. A questo riguardo è utile ricordare che queste entità negli anni si sono adattate a rigidi criteri etici negli investimenti. Un ulteriore irrigidimento sarebbe oltre che inutile anche controproducente allo scopo di queste entità.

Se l'iniziativa venisse approvata, le varie casse pensioni, la cassa AVS eccetera, avrebbero una chiara limitazione degli investimenti, e gli obiettivi che sono anche spesso fissati dal legislatore verrebbero difficilmente garantiti. I cittadini, a giusta ragione, si lamentano dei bassi rendimenti delle casse pensione. Evitiamo dunque di peggiorare ulteriormente questa situazione.

Anche per le nostre banche questa iniziativa sarebbe un problema, perché provocherebbe un indebolimento dell'attrattività della nostra piazza finanziaria in seguito a minori investimenti possibili.

Un altro aspetto, forse il peggiore considerando le esperienze passate, è che se l'iniziativa venisse approvata, la Svizzera sarebbe una delle poche entità ad adottare questa proibizione. Ancora una volta la Svizzera fungerebbe da prima della classe. Potremmo poi vantarci di essere i più bravi, magari darci anche qualche pacca sulle spalle, ma alla fine ci accorgeremmo che gli altri Stati fanno l'esatto contrario. Il volontario e prematuro smantellamento del segreto bancario, che ha causato la perdita di moltissimi posti di lavoro per i cittadini svizzeri, dovrebbe ricordarci cosa non bisogna fare.

Questa iniziativa è pericolosa perché mette a rischio molti posti di lavoro e l'esistenza di altrettante aziende svizzere. Provocherebbe inoltre un generale indebolimento della piazza finanziaria. Il tutto senza ottenere risultati tangibili in quanto gli standard adottati dal nostro paese in materia sono già adeguati.

Un ultimo punto politico: questa iniziativa è un ulteriore attacco al nostro esercito, anche se in modo indiretto. Ma l'obiettivo di buona parte dei promotori è sempre quello: una Svizzera senza esercito!

Per questi motivi vi invito a bocciare l'iniziativa. Questo anche per evitare, ancora una volta, di farci del male con le nostre stesse mani.

Binder-Keller Marianne (M-CEB, AG): 1997 stimmte das Schweizervolk mit über 77 Prozent gegen ein Verbot von Kriegsmaterialexporten, 2007 mit knapp über 68 Prozent gegen eine beinahe identische Vorlage von Rot-Grün. Auf dem Tisch liegt nun die neueste Initiative aus der Küche der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee – notabene jener Gruppe, welche, der Name ist Programm, die Armee abschaffen will. Weil sie das im Ausland nicht tun kann, muss die eigene Armee erhalten. Sie will ausgerechnet die Abschaffung einer Armee, die sich dem Konzept der bewaffneten Neutralität verpflichtet hatte: Wir greifen niemanden an, verteidigen das Land



aber bei einem Angriff – eigentlich ein bestechendes Friedenskonzept. Würde es weltweit angewandt, könnten alle selbst ernannten Auferstandenen des grossen Ghandi einpacken. Die beiden Initiativen zur Abschaffung der Armee wurden denn auch mit 64 Prozent respektive 78 Prozent abgelehnt.

Man verzeihe mir den kleinen Exkurs, aber den Absender der Initiative zu benennen, dient der Einordnung des aktuellsten Vorhabens, das meines Erachtens wiederum direkt oder indirekt auf die eigene Armee und die eigenen Interessen zielt: auf unsere Schutzinteressen, unsere Arbeitsplätze, beispielsweise in der Ruag, auf die Zulieferer der Wehrtechnikindustrie, unsere KMU, unsere Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie und nicht zuletzt auf unsere Vorsorgeinteressen.

Dass diese Initiative Schwachpunkte hat, wurde ja sogar von linken Kreisen moniert. Finanzanlagen bei jeglichen Rüstungsproduzenten zu verbieten, heisst, sie auch bei denjenigen zu verbieten, die Waffen produzieren, die der inneren Sicherheit dienen. Das betrifft Waffen für die Polizeikräfte, Waffen, die der internationalen Sicherheit dienen, Waffen für internationale Schutztruppen, Waffen für defensive Konzepte, wie wiederum unsere eigene Armee eines ist. Es heisst auch, Finanzanlagen bei Mischkonzernen zu verbieten.

Bei einer Annahme kommt unsere inländische Wehrtechnik unter Druck, beispielsweise die Ruag und deren Zulieferfirmen. Soll sie denn vom Ausland finanziert werden? Wollen wir es tatsächlich fördern, dass unsere Wehrtechnikindustrie im Krisenfall vom Ausland abhängig ist? Das Anliegen der Initianten, weltweit mehr Frieden und mehr Sicherheit zu schaffen und Fluchtursachen zu bekämpfen, ist ein ernsthaftes, ein wichtiges Anliegen. Ich meine, wir teilen es alle. Ebenso ernsthaft ist es, dies, wie erwähnt, beispielsweise durch eine Armee zu tun, welche rein defensiv ausgerichtet ist, oder durch ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen, für Streuminen und Antipersonenminen und durch ein strenges Kontrollsystem.

Diese Initiative als Schweizer Alleingang hat jedoch keinen Einfluss auf die globale Nachfrage nach Kriegsmaterial. Das radikale Anliegen steht weder bei den Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien zur Debatte. Die Initiative ist vielmehr ein Angriff auf unser Eigentum, auf unsere Vorsorgewerke, auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationalbank. Private Vorsorgepolitik landet so auf der Spielwiese der Politik. Was folgt? Keine Finanzierung mehr von Tabak, Alkohol, Casinos – was auch immer zukünftig gerade auf der Liste der politisch unkorrekten Güter steht.

Ich bitte Sie, diese Initiative und diesen Schweizer Alleingang abzulehnen. Sich international gegen Waffen einzusetzen, ist nicht verboten; damit aber gegen die Sozialwerke im eigenen Land zu zielen, ist keine gute Idee.

Meyer Mattea (S, ZH): Syrien, Jemen, Afghanistan: 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Wir sehen die aktuelle Situation an der türkisch-griechischen und an der türkisch-syrischen Grenze. Immer heisst es dann, wir könnten nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, wir könnten nicht mehr tun, als vor Ort ein bisschen humanitäre Hilfe leisten. Wir brüsten uns mit Entwicklungszusammenarbeit – dabei könnten und sollten wir so viel mehr tun! Wir können mit dieser Entwicklungszerstörungspolitik aufhören, und wir können endlich damit beginnen, Ursachen für Flucht ernsthaft zu bekämpfen. Die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" setzt genau hier an und leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Erstens verbietet diese Initiative der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen und Pensionskassen die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. 2019 hat alleine die Schweizerische Nationalbank über 2 Milliarden Franken in US-amerikanische Waffenproduzenten investiert. Dabei floss auch Geld in Unternehmen wie Boeing oder Honeywell International, die an der Produktion von atomaren Waffen beteiligt sind. Schweizer Banken, die Nationalbank, Kantonalbanken, Pensionskassen unterstützen mit ihren Investitionen die Produktion von geächteten Waffen wie Atomwaffen, Streumunition, Streubomben, Minen. Genau hier setzt die Initiative an: Schweizer Geld soll nicht länger zur Unterstützung von Kriegen eingesetzt werden – Schweizer Geld, unser Volksvermögen aus Pensionskassen und aus der Schweizerischen Nationalbank! Wir finanzieren ohne unser Wissen und vor allem auch ohne unsere Einwilligung indirekt Kriegsgeschäfte mit.

Zweitens verlangt die Initiative, dass sich der Bund auf internationaler Ebene und auch auf nationaler Ebene dafür einsetzt, dass auch Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen einhalten müssen, denn der Schweizer Finanzplatz, wir wissen das, spielt eine zentrale Rolle bei der Finanzierung von solchen Drecksgeschäften. Alleine Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro Einwohnerin und Einwohner fast 800 US-Dollar in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen. Die entsprechenden Zahlen

AB 2020 N 312 / BO 2020 N 312

für Deutschland oder auch für Österreich sind um ein Vielfaches kleiner.

Dieser Vergleich zeigt das unglaublich hohe Ausmass an Kriegsgeschäften in der Schweiz. Und bei diesen Zahlen, die ich jetzt erwähnt habe, sind die Investitionen der Nationalbank oder der Pensionskassen gar noch



nicht dabei. Kurz: Die Initiative verbietet, dass wir uns am Elend von Menschen auf dieser Welt bereichern, denn die Leidtragende dieser Politik und dieser Investitionen ist immer die Zivilbevölkerung in Konfliktregionen. Ich kann Argumente wie "Wenn wir es nicht machen, machen es andere" oder "Wir können das gar nicht richtig umsetzen" nicht mehr hören! Es gibt bereits Länder, z. B. die skandinavischen Staaten, die gezeigt haben, dass es geht, wenn der politische Wille da ist.

Die Schweiz kann und muss Verantwortung wahrnehmen und einen Beitrag für eine friedlichere Welt, für eine friedlichere Zukunft leisten. Wir können heute mit dieser Volksinitiative dafür sorgen, dass weniger Menschen auf dieser Welt leiden und dass weniger Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden und fliehen müssen. Die Menschen in Jemen, in Syrien und in zukünftigen Konfliktregionen werden es uns danken.

Clivaz Christophe (G, VS): Notre argent, via nos caisses de pension, finance aujourd'hui la production de bombes et d'armes chimiques qui sont utilisées dans différents pays autour du globe. Il ne faut pas nous voiler la face: la réalité, c'est que notre argent tue! En tant que ressortissant d'un pays qui revendique sa tradition humanitaire, je n'en suis pas vraiment fier.

C'est pour remédier à cette situation que l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre" vise deux choses: premièrement, l'interdiction pour la Banque nationale suisse ainsi que les institutions de prévoyance de financer les entreprises dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre; deuxièmement, la mise en place de normes similaires sur les investissements des banques et des assurances aux niveaux national et international.

Les Verts s'engagent depuis leur création pour la paix et le désarmement dans le monde. Ils ont soutenu ces dernières décennies les initiatives populaires visant cet objectif, et il en va de même cette fois-ci.

A chaque fois qu'une initiative s'oppose à l'exportation ou à la production de matériel de guerre, c'est toujours la même rengaine, les mêmes arguments que l'on entend de la part des opposants. Cette initiative n'échappe pas à la règle: la Suisse serait trop petite pour faire bouger les choses au niveau international; ce serait trop compliqué au niveau administratif; nos retraites seraient en danger, car nos caisses de pension ne pourraient plus investir comme elles le souhaitent; les emplois seraient menacés dans l'industrie et la finance.

Dans le cas de l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", ces arguments ne tiennent tout simplement pas la route. Ils sont là uniquement pour faire peur à la population, qui témoigne de la sympathie pour l'initiative. Ils sont révélateurs de la vision des opposants, qui une fois encore privilégient les aspects économiques et financiers aux aspects éthiques et de responsabilité sociale.

En interdisant le financement de l'industrie de l'armement, l'initiative vise à contribuer à ce que la Suisse ne participe pas de manière indirecte aux conflits actuels et à prévenir des guerres futures. Cela peut paraître une goutte d'eau dans l'océan, mais ce n'est pas le cas: je vous rappelle que la Suisse est une des plus importantes places financières mondiales et joue ainsi un rôle décisif. Les instituts financiers suisses comme la Banque nationale ou les grandes banques investissent des milliards chaque année dans ce commerce mortifère. La Suisse doit montrer l'exemple et entraîner dans son sillage d'autres pays.

Cette initiative vise aussi à ce que nous soyons cohérents avec le principe de neutralité, pierre angulaire de notre politique extérieure. Aujourd'hui, la Suisse joue un double jeu: d'un côté, elle se veut championne et promotrice de la paix dans le monde; de l'autre, elle vend des armes. Où est la cohérence?

Afin que la Suisse ait une politique à la fois cohérente et éthique en matière de sécurité, je vous invite à suivre la minorité Fivaz Fabien, qui propose de recommander le soutien à l'initiative et, à défaut, la minorité Graf-Litscher, qui vise un renvoi à la commission afin qu'un contre-projet indirect soit élaboré.

Suter Gabriela (S, AG): Es ist leider eine Tatsache: Schweizer Geld befeuert die Kriegsmaterialproduktion. Als einer der wichtigsten Finanzplätze weltweit fördert die Schweiz so Kriege. Die Schweizerische Nationalbank, Schweizer Pensionskassen und Schweizer Banken investieren in Kriegsmaterialproduzenten auf der ganzen Welt. Ich frage Sie: Finden Sie es ethisch wirklich vertretbar, mit Investitionen in Unternehmen, die Waffen produzieren, Geschäfte zu machen? Ich meine, wer die Menschenrechte hochhält, kann das nicht gutheissen. Mit Kriegen, die Elend und Leid für Millionen von Menschen bedeuten, macht man doch keine Geschäfte; mit Erträgen aus Anlagen aus Kriegsgeschäften finanziert man doch nicht die Altersvorsorge! Es ist geschmacklos, und es ist ein veritabler Skandal, dass das nicht längst verboten ist. Mit Waffen, produziert mit Schweizer Geld, befeuern wir Bürgerkriege. Während Millionen Menschen auf die Flucht vor Krieg und Elend gezwungen werden, läuft das Geschäft mit dem Tod auf Hochtouren. Jährlich wird Kriegsmaterial im Wert von 400 Milliarden Dollar verkauft – das muss gestoppt werden!

Sie merken, ich bin aus ethischen Gründen dagegen, in Rüstungsfirmen zu investieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere soziale Verantwortung wahrnehmen müssen und dass wir diese Art von Anlagestrategie



gie, diese Geschäfte mit dem Tod stoppen müssen. Bei dieser Sache ökonomisch zu argumentieren, widerspricht eigentlich jeder Ethik, denn Waffen werden hauptsächlich produziert, um zu töten. Denen, die trotzdem ökonomisch argumentieren, sei gesagt: Kriegsgeschäfte sind nicht rentabler als andere Investitionen. Wer seine soziale und ökologische Verantwortung wahrnimmt und nachhaltig investiert, muss keine Abstriche bei der Rendite machen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen. Leisten Sie damit einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Rüegger Monika (V, OW): Die Schweiz hat mit dem Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen, Streumunition und Personenminen bereits heute die nötigen Richtlinien definiert. Das ist richtig und wichtig. Unser Land ist heute definitiv nicht der grosse Produzent von Kriegsmaterial; wir sind, weltweit gesehen, unbedeutend. Bedeutend wird es hingegen für Firmen, wenn sie mit einem Anteil ihrer Produktion als Zulieferer für Rüstungsbetriebe auftreten. Gemeint sind die vielen mittelgrossen und kleinen Schweizer Betriebe, zum Beispiel Maschinen-, Elektro- und Metallbauunternehmen. Wenn diese nur schon fünf Prozent ihres Umsatzes mit solchen Zulieferteilen für die vermeintliche Rüstungsindustrie erwirtschaften, wird ihnen der Zugang zu Darlehen und Krediten von staatlichen Einrichtungen versperrt. Damit werden einheimische Arbeitsplätze verantwortungslos und leichtsinnig aufs Spiel gesetzt.

Die vorliegende Initiative wird – das wissen Sie alle ganz genau – selbstverständlich keinen Rückgang der weltweiten Produktion von Kriegsmaterial zur Folge haben. Hingegen würde sie unserem Industrie- und Produktionsstandort Schweiz massiv Schaden zufügen und Arbeitsplätze gefährden oder gar vernichten.

Damit wir uns richtig verstehen: Eine Firma, die zu 95 Prozent in der Produktion von Seilbahnen, im Liftbau, im Flugzeugbau, im Motorenbau, in der Glasproduktion oder in der Gebäudetechnik tätig ist, könnte künftig keine Finanzierung von Pensionskassen, von Stiftungen oder von der Schweizerischen Nationalbank kriegen, wenn sie einen Fünf-Prozent-Anteil ihres Umsatzes im Bereich der Rüstungszulieferung erwirtschaftet. Solch ein Gesetz wäre der Garant für die Zerstörung qualifizierter Arbeitsplätze.

Die Initiative ist daher entschieden abzulehnen.

AB 2020 N 313 / BO 2020 N 313

Christ Katja (GL, BS): Die Volksinitiative greift ein wirklich wichtiges Thema auf, ist aber in der konkreten Ausformulierung unklar und schafft damit Rechtsunsicherheiten. Die Volksinitiative verbietet jegliche Finanzanlagen bei jeglichen Rüstungsproduzenten. Ein weitverbreitetes Anliegen ist damit nicht zu Ende gedacht. Wir würden allen den Geldhahn zudrehen, auch den Fabrikanten von Pistolen für kantonale Polizeikörper oder von Ausrüstungsgütern für Armeen, die rein defensiv ausgerichtet sind und niemanden bedrohen. Wie soll mit Zulieferfirmen umgegangen werden? Sollen z. B. Firmen, die Werkmaterial herstellen, das zur Herstellung von Flugzeugen verwendet wird, auch von der Finanzierung ausgeschlossen werden?

Zudem macht die sehr breit gefasste Definition von Kriegsmaterialproduzenten aus vielen Schweizer KMU und Schweizer Zulieferunternehmen Rüstungsproduzenten. Sie sind es faktisch aber nicht! Betroffen wären viele mittelgrosse Firmen und KMU, welche als Zulieferbetriebe im In- und Ausland agieren und Einzelteile und Baugruppen produzieren. Die allermeisten Unternehmen realisieren eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen und veröffentlichen in der Regel keine detaillierten Informationen über die Anteile ihrer Umsatzquellen.

Das Einhalten der Vorschrift wäre zudem dynamisch zu beurteilen, denn es ist sehr wahrscheinlich, dass einige Unternehmen in einem Jahr die Fünf-Prozent-Umsatzschwelle erreichen und in einem anderen Jahr nicht. Die Einschätzung, ob ein Unternehmen mehr als fünf Prozent seines Umsatzes mit Kriegsmaterial erzielt, ist auch abhängig von der Wahl des entsprechenden Datenanbieters. Wer auf Nummer sicher gehen wollte, müsste tendenziell alle Unternehmen ausschliessen, die auch mit nur geringer Wahrscheinlichkeit unter die Definition fallen, um damit das Risiko von Rechtsverstössen minimal zu halten. Eine Rest an Rechtsunsicherheit bliebe dennoch.

Eine Annahme der Initiative führt meines Erachtens nicht nur zu Rechtsunsicherheit, sondern auch zu praktischen Problemen, die trotz grossem Aufwand nicht einfach zu lösen wären. Ausserdem dürfte die Volksinitiative wirkungslos bleiben; sie zielt nämlich auf ein weltweites Finanzierungsverbot für Investitionen in die Rüstungsindustrie. Mit einem isolierten Finanzierungsverbot in der Schweiz wird dieses Ziel aber nicht erreicht.

Der Bundesrat lehnt nun die Initiative ab, will aber auch keinen Gegenvorschlag ausarbeiten. Das finde ich falsch! In der Bevölkerung gibt es ein Bedürfnis nach ethischen Finanzanlagen. Anleger wollen ihr Geld nicht mehr in Unternehmen anlegen, die kontroverse oder gar verbotene Waffen oder anderes Kriegsmaterial herstellen. Dieses Anliegen ist sehr populär und wird nicht einfach vom Tisch sein, wenn wir die Volksinitiative



nicht zur Annahme empfehlen.

Verschiedenste Finanzintermediäre haben auch bereits auf diese Bedürfnisse reagiert und bieten entsprechende Finanzinstrumente an. Wir sollten diese Bedürfnisse ernst nehmen und einen Gegenvorschlag ermöglichen, der das Finanzierungsverbot durch entsprechende Transparenzvorschriften ersetzt. Zudem soll das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen gesetzlich gestärkt werden, und Schlupflöcher im heutigen Gesetz sollten geschlossen werden. Die Finanzierung von in der Schweiz verbotenem Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen oder Streubomben soll gesetzlich unterbunden werden. Ein Gegenvorschlag hat zudem den Vorteil, dass die Änderungen schneller wirksam werden als bei der Initiative.

Pult Jon (S, GR): Artikel 54 unserer Bundesverfassung legt die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz fest: "Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen." Die Volksinitiative, die wir heute besprechen, bietet die Chance, einen wirksamen indirekten Gegenvorschlag zu entwickeln, der die genannten Grundsätze in unserer Bundesverfassung stärkt. Damit können wir als Parlament unsere Verantwortung als Gesetzgeber wahrnehmen.

Nun, wie sollen wir glaubhaft unabhängig oder neutral sein, wenn Milliarden von Schweizerfranken letztlich in Kriege und Konflikte fliessen? Wie sollen wir ernsthaft zur Linderung von Not und Armut in der Welt beitragen, wenn wir beispielsweise mit unserer Nationalbank oder mit unseren Vorsorgegeldern die Waffen für gewaltsame Konflikte mitfinanzieren, die wiederum Auslöser des Elends in der Welt sind? Wie sollen wir das friedliche Zusammenleben der Völker fördern, wenn unser Finanzplatz ein wichtiger Akteur bei der Finanzierung von Kriegsmaterial ist? Wie sollen wir mit unseren guten Diensten diplomatische Lösungen für Konflikte anstreben, wenn gleichzeitig unser Geld diese Konflikte anheizt?

Was wir heute tun, ist inkonsistent. Beim vorliegenden Geschäft geht es also wirklich um die Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik und um die Glaubwürdigkeit unseres Selbstverständnisses als neutraler und friedensfördernder Staat. Die Rolle der Schweiz als neutrale Vermittlerin ist Kern unserer Aussenpolitik. Die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untergräbt die diesbezügliche Glaubwürdigkeit, insbesondere wenn man bedenkt, dass unser finanzielles Gewicht viel grösser ist als unsere geopolitische Bedeutung. Gerade in Zeiten, in denen der Crypto-Skandal unsere internationale Glaubwürdigkeit und unser aussenpolitisches Selbstverständnis erschüttert, können wir mit einem Verbot oder zumindest mit einer griffigen Regulierung und Einschränkung der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten viel Glaubwürdigkeit gewinnen, viel Glaubwürdigkeit für eine unabhängige Schweiz im Dienst des Friedens.

Bitte unterstützen Sie den Rückweisungsantrag. Er bietet uns die Chance, eine gute gesetzliche Lösung zu finden. Ich glaube, dass die Bevölkerung das von uns erwartet. Sollten wir diese Chance verpassen, bleibt die Initiative als einzige Chance für Fortschritte in diesem Bereich. Stimmen Sie dem Rückweisungsantrag zu, denn es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik, um die Glaubwürdigkeit unseres Selbstverständnisses als neutraler und friedensfördernder Staat.

Hess Erich (V, BE): Eigentlich wollte ich nur kurz hierherkommen oder gar nicht. Aber aufgrund der aktuellen Lage trete ich trotzdem schnell ans Rednerpult.

Weshalb ist es gefährlich, wenn wir nicht mehr in Kriegsmaterial investieren dürfen? Was und wen treffen wir am meisten? Am meisten treffen wir einheimische Schweizer Kriegsmaterialproduzenten! Die ausländischen Kriegsmaterialproduzenten werden sich auch sonst finanzieren, und die Kriege auf dieser Welt werden auch sonst irgendwie weitergehen, auch ohne Hilfe der Schweiz. Es wird dann wahrscheinlich jemand anderes daran Geld verdienen.

Aber das Gefährliche daran ist: Es wird schlussendlich keine Produktion in der Schweiz mehr geben. Was passiert dann in einem Krisenfall? Werden wir noch irgendwie Kriegsmaterial aus dem Ausland in die Schweiz importieren können, wenn wir jetzt schon Probleme haben? In einer noch relativ kleinen Krise, in der Corona-Krise, haben wir jetzt schon das Problem, dass wir kein Material aus dem Ausland mehr erhalten. Momentan sind drei Sendungen von unseren Nachbarländern blockiert – Material, das eigentlich schon Schweizer Eigentümern gehört, aber für welches ein Exportverbot verhängt worden ist. Es ist eine Sendung aus Deutschland mit Schutzmasken, und es sind eine Sendung mit Handschuhen und eine Sendung mit Desinfektionsmittel aus Italien, bei denen die betreffenden Staaten plötzlich einfach sagen, es dürfe nicht mehr aus Italien bzw. aus Deutschland exportiert werden. Wollen wir wirklich unabhängig sein? Dann müssen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass wir eine Produktion in der Schweiz haben und dass wir das Wichtigste selber produzieren



können. Sonst sind wir nicht mehr unabhängig und vor allem in Krisensituationen sehr angreifbar. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative ganz klar zur Ablehnung zu empfehlen.

AB 2020 N 314 / BO 2020 N 314

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Zurzeit toben etwa fünfzig Kriege und Konflikte; von den meisten hören wir medial nicht einmal etwas. Zurzeit hören wir von Syrien, von der Türkei, von den Kurden und Kurdinnen. Pro Jahr, die Zahl ist seit einigen Jahren in etwa konstant, sterben aufgrund von Kriegen etwa 100 000 Menschen. Diese Zahlen können Sie sich beschaffen. Über 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht, viele wegen Kriegen. Krieg heisst: Waffen, Zerstörung, sehr viel Leid.

Die Schweiz rühmt sich ihrer Neutralität, bietet gute Dienste an für Friedensgespräche, und gleichzeitig heizt sie Konflikte an. Das ist mehr als scheinheilig. Wir tun alles, damit das Coronavirus keine Toten produziert. Wir tolerieren aber und heizen es gar an, dass jährlich 100 000 Menschen durch Waffen sterben: auf der einen Seite mit der Rüstungsproduktion, an der wir beteiligt sind – wir verkaufen sogar in Konfliktregionen –, auf der anderen Seite mit unseren Investitionen in Waffen; darunter sind auch, anders als ein Kollege vorhin gesagt hat, Atomwaffen, auch das können Sie nachschauen.

Weltweit werden jährlich 370 Milliarden Franken in Kriegsmaterial investiert. Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Finanzmärkten, und die Rüstungsindustrie braucht Kredite. Die Schweiz bietet sich an, diese Kredite zu geben – die Banken, die Pensionskassen, aber eben auch die Schweizerische Nationalbank. Die Pensionskassen investieren pro Jahr zwischen 4 und 12 Milliarden in Kriegsmaterial – und zwar in direktes Kriegsmaterial, da geht es nicht um die Geschichten von Zulieferungen, und auch die Nationalbank investiert hier, und zwar 800 Millionen jährlich.

Das ist extrem stossend und hat nichts mit Neutralität und mit der Unabhängigkeit einer Bank zu tun, im Gegenteil: Das ist sehr parteiisch. Es geht überhaupt nicht, dass unser Volksvermögen in die Tötungsmaschinerie investiert wird. Denn Waffen sind kein normales Produkt, sie werden mit dem erklärten Ziel produziert, Menschen zu töten – und zwar mit immer besseren Waffen, damit man möglichst viele Menschen möglichst effizient, geradezu flächendeckend umbringen kann, und dies möglichst vom Pult aus, damit man sich die Hände nicht schmutzig machen muss. Kriegsmaterialproduzenten bereichern sich an der Tötung von Menschen, das ist wider jedes ethische Gefühl und wider die Neutralität. Die Aufheizung von Konflikten hat nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun, im Gegenteil: Der Ausstieg aus der Finanzierung ist zwingend, wollen wir glaubwürdig werden.

Es ist auch gar nicht so schwierig, wie behauptet wurde. Die Pensionskasse der Stadt Zürich macht es vor: Es geht. Wir müssen umstellen, das ist wahr: hin zu einer Klimagerechtigkeit, weg von Energiefressern und Ressourcenfressern, zu denen auch die Waffenindustrie gehört. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist kein Argument. Es gibt beste Studien, die zeigen, dass mit dem Geld für einen Rüstungsarbeitsplatz sieben zivile Arbeitsplätze generiert werden können. Der Umbau in andere Anlagen ist nötig, ist zwingend, damit wir in Zukunft gescheite Anlagen tätigen und keine zerstörerischen.

Deshalb: Sagen Sie Ja zu dieser Initiative.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Man kann nicht so tun, als ob Waffen ein Produkt wie jedes andere wären. Sie werden primär hergestellt, um Menschen zu töten. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie offensiv oder sogenannte defensiv sind. Zudem wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land nicht verstanden, dass ausgerechnet die neutrale Schweiz, berühmt für ihre humanitäre Tradition und guten Dienste, sich an Kriegsgeschäften bereichert – und dies nicht einmal zu knapp. Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod.

Dass die Bevölkerung auf diesen untragbaren Widerspruch sensibel und kritisch reagiert, zeigte auch die Unterschriftensammlung für eine andere Initiative auf dem Gebiet der Kriegsmaterialexporte, die sogenannte Korrektur-Initiative. Die 100 000 benötigten Unterschriften kamen innert kürzester Zeit zusammen, obwohl der Bundesrat aufgrund des riesigen öffentlichen Drucks eingeknickt war und die Verordnungsänderung zur Lockerung der Ausfuhrbestimmungen in Bürgerkriegsregionen eiligst zurückgezogen hatte.

Das zeigt, dass das Anliegen nicht nur auf die politische Linke oder die BDP beschränkt bleibt, sondern breite Teile der Bevölkerung bewegt. Auch die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" trifft den Nerv all derjenigen Menschen, denen es ethisch und moralisch nicht egal ist, wie wir unser Geld verdienen und wie ihr Vermögen angelegt wird. Das Anliegen der Initiative kann aber noch präziser formuliert und ausgebaut werden, darum setze ich mich klar für einen Gegenvorschlag ein. Die SP-Delegation hat in der SiK-N versucht, den anderen Kommissionsmitgliedern einen solchen Gegenvorschlag schmackhaft



zu machen, leider ohne Erfolg. Ich hoffe nun auf das Plenum hier.

Unser Gegenvorschlag verfolgt zwei wichtige Anliegen: Erstens soll das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen gestärkt werden, und zweitens sollen die Transparenzvorschriften gegenüber den Anlegerinnen und Anlegern erhöht werden. Das Anliegen, dass ethisch bewusste Anlegerinnen und Anleger wissen sollen, wo genau sie ihr Geld anlegen, und dass namentlich unser Pensionskassengeld nicht in die Taschen grosser Rüstungskonzerne fliesst, ist inzwischen sehr populär und verbreitet. Das zeigt auch der Bundesrat in seiner Botschaft auf. Es gibt inzwischen viele Banken, Pensionskassen und Anlagefonds, die bewusst darauf verzichten, Geld in Unternehmen zu investieren, welche kontroverse Waffen oder auch generell Waffen und weitere Rüstungsgüter herstellen.

Die Realität gibt ihnen Recht. Ich erinnere hier nur kurz an die Handgranatenfunde aus Schweizer Produktion im Jemen, in Syrien und in Libyen. Schweizer Handgranaten in den Händen von IS-Terroristen – der Reputationsschaden für unser Land ist riesig! Auch die Kritik des IKRK war ungewöhnlich deutlich. Es braucht jetzt dringend ein politisches Signal, das Wirkung zeigt. Ein griffig formulierter Gegenvorschlag ist ein Mittel dafür. Falls ein Gegenvorschlag aber hier keine Mehrheit finden sollte, ist es für mich auch völlig klar, dass wir die Initiative ohne Wenn und Aber unterstützen, weil das Anliegen wirklich berechtigt ist. Es geht hier nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit des humanitären Engagements der Schweiz und um unsere Vorbildwirkung und Verantwortung.

Kamerzin Sidney (M-CEB, VS): Cette initiative rate sa cible et fait peser diverses menaces sur l'économie suisse, sur les établissements bancaires et financiers, sur nos entreprises, sur la neutralité, sur la sécurité et sur l'armée. C'est un texte qui vise tout: non seulement les établissements bancaires et financiers comme la Banque nationale suisse, les fondations et les caisses de pension professionnelles, mais aussi la prévoyance sociale. En effet, il ne serait plus possible d'investir, de financer, de prêter, de faire un crédit à une entité qui aurait cinq pour cent d'activités liées directement ou indirectement à l'armement, à la production de matériel de guerre. C'est une restriction extrêmement importante pour les investissements, pour le crédit, pour notre place financière. Cela créerait une véritable distorsion par rapport à d'autres entreprises qui conserveraient cette liberté de manoeuvre.

Il s'agit aujourd'hui de protéger la place financière suisse et de ne pas créer de telles discriminations. C'est une menace bien sûr sur la sécurité sociale, sur la prévoyance professionnelle, puisque les rendements dépendent des marchés financiers. Créer de telles distorsions, cela va réduire les rendements et au final, ce sont les employés, les ouvriers et les assurés qui vont subir les manquements et les pertes sur les marchés financiers et sur les marchés des investissements.

Cette initiative est totalement disproportionnée et fait également peser une menace sur notre économie et sur nos entreprises, notamment nos PME. En effet, le cercle des entreprises visées est très large: pensez à une entreprise qui fabriquerait de la tôle, de l'assemblage, des roues pour un véhicule qui serait utilisé par une force armée – un véhicule blindé, par exemple – et qui n'aurait que 5 ou 6 pour cent de son activité liés directement ou indirectement à la production de matériel militaire: cette entreprise ne pourrait plus, tout simplement, obtenir de crédit. C'est étouffer notre économie; c'est étouffer nos PME. Je vous rappelle que l'industrie MEM

AB 2020 N 315 / BO 2020 N 315

représente 320 000 emplois en Suisse; 13 000 entreprises et PME seraient touchées directement par cette initiative.

C'est également une menace pour la sécurité, parce que l'entreprise RUAG aujourd'hui fonctionne avec des fonds propres, mais si un jour elle devait dans des circonstances difficiles emprunter, ce ne serait plus possible. Il faudrait trouver des moyens d'emprunter à l'étranger, et le premier partenaire de l'armée suisse devrait donc obtenir des crédits à l'étranger pour financer son propre matériel. C'est l'armée elle-même qui serait remise en question. C'est une perte d'autonomie pour la Suisse, et c'est là le véritable danger pour la neutralité.

En plus d'être une menace, cette initiative est inutile pour les raisons suivantes: d'une part, la Suisse dispose déjà d'une loi fédérale sur le matériel de guerre, qui interdit les armes à sous-munitions, les armes de destruction massive ainsi que les armes atomiques, bactériologiques et chimiques. D'autre part, plutôt que de s'attaquer au matériel d'armement, il faut plutôt s'attaquer aux véritables causes des conflits: les différences socioéconomiques et les dictatures. Sur ce plan, la Suisse est très active au niveau international.

Merci donc de ne pas menacer notre économie, notre place financière, notre industrie, notre prévoyance sociale et notre prévoyance professionnelle. Merci de recommander de rejeter clairement ce texte nuisible, inefficace et inutile!



Roth Franziska (S, SO): 104 902 Unterschriften in einem Jahr: Ich wage zu behaupten, heute hätten wir das Doppelte, angesichts der traurigen Lage vor den Toren Europas aufgrund der grässlichen Kriege, die Menschen zur Flucht zwingen. Kommt hinzu, dass auf Lesbos auf ankommende Boote gefeuert wird. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative ist der Nerv der Bevölkerung getroffen.

Wenn bereits in der Sammelphase einer Initiative Akteure des Finanzplatzes ihre Anlagereglemente im Bereich der Kriegsmaterialinvestitionen verschärfen, dann scheinen die Zahnhälsen dort freizuliegen. Ein Blick in die Gesetze gibt auch Aufschluss über das Zucken im Gesicht der Finanzakteure und darüber, warum ihnen wohl das Lächeln so schwerfällt:

Die Schweiz hat als eines von wenigen Ländern ein Verbot der Finanzierung von Atomwaffen. Dieser Umstand ist zu begrüßen und zu würdigen. Doch bei einer genaueren Analyse der gesetzlichen Bestimmungen entpuppen sich die Bestimmungen im Kriegsmaterialgesetz als zahnloser Papiertiger. Der Geltungsbereich der Bestimmungen weist schwerwiegende Lücken auf, die vom Finanzwesen mit seinen anpassungsfähigen Strukturen eifrig genutzt werden. Daher ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine direkte oder indirekte Finanzierung von Atomwaffen je strafrechtlich verfolgt oder geahndet würde. Da nützt es auch nichts, dass der Bundesrat darauf setzt, dass einzelne Finanzdienstleister zur Verminderung des Reputationsrisikos auf Investitionen in Unternehmen verzichten, die Atomwaffen herstellen.

Dass die Finanzwelt ohne die disziplinierende Wirkung von effektiven Bestimmungen von sich aus darauf verzichtet, Anlageprodukte von Atomwaffenproduzenten anzubieten, darf stark bezweifelt werden. Diverse Berichte zeigen auf, dass Schweizer Finanzunternehmen immer noch substanzielle Investitionen in atomare Massenvernichtungswaffen vermitteln, und dies, obschon Artikel 8c des Kriegsmaterialgesetzes, "Verbot der indirekten Finanzierung", genau dies verhindern will. Am 7. Juli 2017 wurde der Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet – ein historischer Durchbruch! Das Schweizer Parlament hat 2018 die Motion Sommaruga Carlo 17.4241 angenommen, die den Bundesrat beauftragt, den Vertrag sofort zu unterzeichnen. Es ist gegenüber dem Parlament deshalb respektlos, wenn Schweizer Finanzinstitute weiterhin Anlagen in Firmen vermitteln, die Atomwaffen herstellen.

Die Initiative ist klar formuliert. Warum eine Umsatzhürde von fünf Prozent? Weil diese Hürde dem internationalen Standard bei nachhaltigen Indexfonds entspricht, welcher unter anderem Waffenfirmen ausschliesst. Können sich das die Pensionskassen leisten? Das wurde auch heute gefragt. Ja! Grosse Pensionskassen können sich die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" ohne Probleme leisten. Eventuell erzielen sie nach der Umsetzung sogar bessere Renditen. Kleinere und mittlere Pensionskassen müssen ihre passiv angelegten Investitionen einmal umdisponieren – von einem herkömmlichen in einen nachhaltigen Indexfonds. Solche nachhaltigen Indexfonds existieren bereits: Sie schliessen Waffenfirmen gemäss der Fünf-Prozent-Regelung aus und werden von Banken von A wie Alternative Bank bis U wie UBS angeboten. Wer also noch meint, dass dies – wie man das heute auch hören konnte – alter Inhalt in neuer Verpackung sei, gerät bei mir unter Verdacht, selber keinen Plan zu haben.

Wir hatten einen Plan: Es wurde ein griffiger Gegenvorschlag ausgearbeitet. In der Kommission wurde eine vertiefte Diskussion dazu aber abgelehnt. Das ist in meinen Augen Arbeitsverweigerung, und das gilt es zu korrigieren, insbesondere von denen, die meinen, es gebe keine Alternativen.

Darum bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

de la Reussille Denis (G, NE): En préambule, permettez-moi de dire quelques mots sur les exportations de matériel de guerre. Les entreprises suisses ont exporté pour 728 millions de francs de matériel de guerre vers 71 pays l'an dernier, soit une hausse de 43 pour cent par rapport à 2018. Même si le SECO s'en réjouit, nous disons très clairement qu'il s'agit d'un commerce douteux, voire honteux. Nous savons bien qu'au niveau planétaire, la part de la Suisse dans ce commerce immoral est plus que minime. Il n'en reste pas moins que notre pays contribue à causer le malheur de millions de civils à travers le monde.

Si l'on nous rétorque que la majorité de ces exportations se font à destination de pays européens, nous n'oublions pas que plusieurs de ces pays sont engagés, dans le cadre de l'Otan, dans des guerres d'agression en Irak, en Syrie et, dans le passé, en ex-Yougoslavie. Ces mêmes pays d'où sont issus une grande partie des réfugiés qui, désespérés, tentent de trouver refuge dans nos pays, dans les pays qui produisent les bombes qui tombent sur leurs têtes et celles de leurs familles. Et nous n'oublions pas non plus que notre pays exporte – malheureusement! – de l'armement vers des pays comme l'Arabie saoudite, qui depuis des années maintenant sème la terreur et la désolation, notamment au Yémen.

Concernant le financement des producteurs de matériel de guerre, le Conseil fédéral argumente, pour s'opposer à l'initiative, que "les institutions de la prévoyance publique et professionnelle, à savoir les caisses de pension et les fonds de compensation AVS/AI/APG devraient renoncer à leur stratégie d'investissement dans



des fonds bien diversifiés, qui repose déjà partiellement sur des principes éthiques". Or, il s'agit là de principes qui ne sont que très très peu, très partiellement éthique. Mais probablement que, une fois de plus, le Conseil fédéral, la droite de ce Parlement et nous, n'avons pas la même conception du mot "éthique".

Il y a dans notre pays des centaines de milliers de citoyens et de citoyennes qui ne sont pas d'accord que l'on investisse l'argent économisé pour leurs retraites dans des commerces plus que douteux. Que leurs motivations soient dictées par des raisons morales, par respect pour la dignité humaine ou encore par la sauvegarde de l'environnement, elles font honneur à l'humanité.

Le Parti suisse du travail – Parti ouvrier et populaire, que je représente, s'est engagé dans la récolte des signatures pour contribuer à faire aboutir cette initiative du GSsA et des Jeunes Verts, et nous nous engagerons pour qu'elle passe avec succès devant le peuple.

Quant aux institutions de prévoyance publique et professionnelle, si elles cherchent des stratégies d'investissement bien diversifiées, il existe de nombreuses possibilités dans des domaines très variés et bénéfiques tant à l'être humain qu'à l'environnement.

Cette initiative s'inscrit aussi dans un mouvement global vers davantage de transparence, notamment au niveau financier. Il est à relever avec satisfaction que la caisse de pension de la ville de Zurich, mais aussi celle de la ville de Lucerne excluent de leurs portefeuilles d'investissement les producteurs d'armes de guerre. Et c'est aussi le cas de la caisse

AB 2020 N 316 / BO 2020 N 316

de pension de la Confédération, Publica. Cette initiative est donc tout à fait applicable sans remettre en cause la santé financière des caisses de pension et institutions financières.

En termes de cohérence politique, nous sommes persuadés que notre pays ne peut pas promouvoir la paix et, en même temps, financer des producteurs d'armes de guerre. C'est donc avec conviction que nous soutenons cette initiative.

Munz Martina (S, SH): An der türkisch-griechischen Grenze spielen sich grausame Szenen ab. Menschen am Rande der Verzweiflung drängen nach Europa, sie suchen Schutz und Sicherheit. 70 Millionen Flüchtlinge fliehen weltweit vor Zerstörung, Krieg und Tod. Und wir? Wir schauen zu. Wir sagen, dass es schon immer Krieg auf der Welt gegeben hat, schon immer Leid und Gräueltaten. Gleichzeitig loben wir die humanitäre Tradition der Schweiz sowie unsere Neutralität und erklären, dass wir als Land immer bereit waren, uns für echte Vertriebene einzusetzen. Wir machen uns damit etwas vor.

Die Realität sieht anders aus. Die Schweiz hat zwar den Anspruch, neutral zu sein, und dennoch werden jedes Jahr Milliarden Franken ins Kriegsgeschäft investiert. Unsere Pensionskassengelder und unser Volksvermögen, das bei der Nationalbank lagert, werden in Rüstungskonzerne gesteckt. Die Pensionskassen legen zwischen 4 und 12 Milliarden Franken bei Kriegsmaterialproduzenten an, und die Nationalbank investierte im dritten Quartal 2018 über 2,2 Milliarden Franken allein in die Atomwaffenproduktion.

Damit wird mit unserem Geld die internationale Rüstungsindustrie massiv unterstützt und alimentiert. Das ist sicher nicht neutral. Denn damit schlägt sich die Schweiz auf die Seite jener, die Waffen produzieren, damit handeln und weltweit von Krieg und Konflikten profitieren. Diese Unternehmen fahren mit jeder umgekommenen Frau, jedem verletzten Mann und jedem toten Kind Gewinne ein. Denn Waffen sind gemacht, um zu töten und zu zerstören.

Viele Menschen in der Schweiz wollen nicht, dass Blut an unserem Wohlstand klebt. Sie wollen nicht, dass ihr Vermögen bei der Nationalbank dafür eingesetzt wird, kriegsgerisches Treiben zu unterstützen. Sie wollen nicht, dass ihr Pensionskassenkapital durch Investitionen in Leid und Grauen anwächst. Im Gegenteil, viele Menschen in der Schweiz wollen, dass unser Land zum Frieden auf der Welt beiträgt. Sie wollen ethische Finanzanlagen und haben deshalb die Kriegsgeschäfte-Initiative unterschrieben.

Es ist schwach und beschämend, dass der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Wir müssen endlich Verantwortung tragen. Die Bevölkerung fordert Transparenz. Wir haben das Recht zu erfahren, in welche Fonds die Pensionskassen und die Nationalbank investieren. Viele Pensionskassen setzen sogar selber vermehrt auf ethisch vertretbare, nachhaltige Anlagen, weil diese vielversprechender, innovativer und zukunftsorientierter sind. Das muss unterstützt und gefördert werden.

Das Parlament ist in der Pflicht, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, der die Anliegen der Initiative und der Bevölkerung aufnimmt und Transparenz- und Sorgfaltspflichten für Unternehmen und für den Schweizer Finanzplatz einführt. Nur so werden die Anleger sensibilisiert und tragen dem Willen vieler Menschen in der Schweiz Rechnung. Deshalb bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag der Minderheit Graf-Litscher zuzustimmen. Wir wollen, dass die Kommission einen indirekten Gegenvorschlag präsentiert, der sowohl ein Verbot



der indirekten Finanzierung verbotener Waffen einführt wie auch die Transparenz für verantwortungsbewusste Anleger erhöht.

Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Rückweisungsantrag zu, und stimmen Sie der Initiative zu.

Addor Jean-Luc (V, VS): Dans matériel de guerre, il y a la guerre; il y a les guerres, celles qui, c'est vrai, font des morts et des blessés. Mais il y a aussi une autre guerre, celle des mots. Et dans cette guerre, il faut bien le dire, les initiants sont assez forts pour avancer à couvert.

Quand nous parlons de matériel de guerre, de quoi s'agit-il? Parlons-nous seulement de canons? Un peu, oui, mais de moins en moins. Ce dont il s'agit aujourd'hui, de plus en plus, c'est de systèmes technologiques, notamment de systèmes informatiques complexes dont les applications sont très diverses et souvent seulement marginalement liées au domaine de la sécurité. Car dans le domaine des technologies, surtout des technologies de pointe, il y a bien souvent très peu de frontières, voire il n'y en a plus tellement, entre les applications civiles et militaires. Une technologie peut être conçue à des fins exclusivement civiles et éveiller ultérieurement seulement un intérêt de la part du domaine de la sécurité.

Ma première conclusion, c'est que ceux qui seront touchés par cette initiative, ce ne seront pas les marchands de canons, mais surtout nombre d'entreprises actives dans toutes sortes de domaines de haute technologie. Seront donc touchées ces entreprises, et leur personnel, que d'aucuns, pourtant, ici, prétendent défendre.

Les initiants ont retenu la leçon. Après l'échec devant le peuple, en septembre 2007, d'une première initiative qui demandait frontalement l'interdiction d'exporter du matériel de guerre, voici qu'ils reviennent à la charge par un autre biais: cette fois-ci, ils s'attaquent au financement des entreprises actives dans le domaine de la sécurité. Ils n'ont pas réussi à les interdire d'exportation; qu'à cela ne tienne, ils essaient aujourd'hui de leur couper les vivres! C'est plus finaud, si j'ose dire. Mais le résultat, s'ils réussissent, sera le même: ce sera la fin des exportations et, à terme, la mort ou la délocalisation pour des fleurons de notre économie, surtout des fleurons de la technologie de pointe, là où nous avons encore les moyens en Suisse d'être forts.

Passons sur l'arbitraire complet, pour ne pas dire l'absurdité, de ce seuil de cinq pour cent à partir duquel une entreprise qui a le malheur – si j'ose dire – d'avoir des produits utilisés dans le domaine de la sécurité, se verra figurer sur une liste noire, qui risque de marquer son arrêt de mort.

Essayons de considérer aussi le discrédit, pour ne pas dire la suspicion que nous risquons de jeter sur tous ces fleurons de notre économie qui, par ailleurs, sont actifs presque exclusivement dans le domaine civil. Est-ce ainsi que nous pouvons espérer les encourager à investir dans la recherche, dans les technologies du futur? est-ce ainsi que nous pouvons les encourager à embaucher, simplement parce qu'un jour un produit au départ civil pourrait trouver une application dans le domaine de la sécurité?

Non, ce régime injuste de sanctions n'est dans l'intérêt ni de notre économie, ni des milliers de travailleurs concernés, ni de notre sécurité. Il n'aura qu'un effet, un seul: favoriser nos concurrents étrangers, sans arrêter ni éviter aucune guerre. Car la guerre n'est pas dans les armes, elle n'est pas non plus dans l'argent, elle est malheureusement dans l'homme.

Voilà pourquoi je dirai non à cette initiative, qui avance à couvert et qui est contraire à l'intérêt du pays, tout comme bien sûr à un contre-projet, qui ne pourrait avoir d'autre effet que de rendre la pilule juste un peu moins amère.

Molina Fabian (S, ZH): Wir behandeln heute, anders als von den Kommissionssprechern dargestellt, eine sehr einfache Frage: Wollen wir einen Finanzplatz, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, nämlich darauf, unseren Wohlstand zu mehren, indem er in Unternehmen investiert und indem er Kredite vergibt, die einen gesamtwirtschaftlichen Wert schaffen, oder wollen wir in unserem Land ein Casino betreiben, das spekuliert und sich am Elend dieser Welt bereichert? Diese Frage hat die SP bereits 1984 mit der Banken-Initiative aufgeworfen, und sie ist angesichts von Steuerflucht, Klimakrise, Krieg und Gewalt auf dieser Welt und Menschenrechtsverletzungen aktuell wie nie.

Ich und die Minderheit Ihrer Kommission glauben, dass die Schweiz eine Verantwortung in der Welt und für die Welt hat, eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir mit unseren Gesetzen und unserem Geschäftsmodell einen Beitrag zur nachhaltigen, friedlichen Entwicklung leisten, statt diese zu sabotieren. Diese Initiative ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie will nur bei einem Teil der Finanzakteure dafür sorgen, dass sie nicht mehr in Kriegsmaterial investieren. Für ein neutrales Land mit einer humanitären Tradition, wie es die Schweiz ist, ist es nicht

AB 2020 N 317 / BO 2020 N 317

nachvollziehbar, dass es sein Geld mit Krieg verdient. Die Zeit der Schweizer Söldner ist vorbei, auch die der Finanzsöldner sollte es sein – das fordert diese Initiative, nicht mehr und nicht weniger.





Wenn die Kommissionsmehrheit und der Bundesrat behaupten, wir hätten hier kein Problem, dann ist das absurd. Finanzakteure in der Schweiz stecken heute schätzungsweise einen zweistelligen Milliardenbetrag in Rüstungskonzerne – und das pro Jahr. Und sie tun das auch, wenn diese international geächtete Waffen, wie Atomwaffen, produzieren. Das ist nicht nur verantwortungslos, das steht auch im Widerspruch zu den fundamentalen Interessen unseres Landes. Wir haben ein Interesse an einer sicheren, an einer friedlichen und an einer stabilen Welt und nicht an einer Welt, die immer mehr aufrüstet.

Der Schweizer Finanzplatz ist gross. Darauf sind viele mit Fug und Recht stolz. Aber entsprechend ist auch unsere Verantwortung gross. So ist es nichts als sinnvoll, wenn wir heute für die Schweiz einen Schritt in Richtung mehr Verantwortung in der Welt tun und diese Initiative zur Annahme empfehlen oder – das ist das, worum ich Sie zuerst bitte – das Geschäft an die Kommission zurückweisen, damit wir hier einen anständigen und griffigen Gegenvorschlag erarbeiten können. Sie haben heute die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass wir kein Schweizer Geld mehr für die Waffen dieser Welt ausgeben.

Arslan Sibel (G, BS): Über 70 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, die höchste Anzahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Allein in der Türkei leben rund vier Millionen Geflüchtete, mehrheitlich aus Syrien vertrieben. In Griechenland stecken 40 000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen in einer Sackgasse des Elends fest. Der Bundesrat und die EU priorisieren vor allem den Schutz der Aussengrenzen. In der derzeitigen Notlage in Griechenland soll hauptsächlich mehr in die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, Frontex, investiert werden, mehr in Mittel für Personal und anderweitige Auslagen.

Dabei drängt sich uns die Frage der Fluchtursachen auf. Wenn wir hier kurz innehalten und uns den Mechanismus vor Augen führen, sehen wir die völkerrechtswidrigen Kriege, welche unter anderem durch den Schweizer Finanzplatz mit Unsummen finanziert werden. Die dadurch entstandene Migration führt zu einer geradezu panischen Abschottungsstrategie in Europa. Diese verletzt wiederum auf besorgniserregende Weise die Grundrechte der Menschen auf der Flucht.

Von dieser traurigen Situation profitieren kann die tödlichste Branche der Welt. Die Rüstungsindustrie ist mit mindestens 370 Milliarden US-Dollar ein gewaltiges Business. Destruktive Investitionen sollten keine Option sein. Viele der Kriegsmaterialproduzenten verkaufen zudem Produkte an den Grenzschutz. Das Geschäft ist also auf zynische Weise diversifiziert. Während die eingesetzten Waffen Millionen von Menschen in die Flucht treiben, kommen andere Produkte der Kriegsmaterialproduzenten im Grenzschutz zum Einsatz, wo sie die Vertriebenen erneut erniedrigen und ihnen ein friedliches Leben verunmöglichen.

Die Schweizerische Nationalbank investierte im Jahr 2016 über 800 Millionen Dollar allein in amerikanische Atomwaffenproduzenten. Die beiden Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS waren im Jahr 2015 mit weit über 6 Milliarden Franken an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt. Unsere Pensionskassen investieren zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in die Kriegsmaterialindustrie.

Diese Initiative soll schädlich für den Schweizer Finanzplatz sein? Eher sind die massiven Investitionen in die Rüstungsindustrie schädlich für den Ruf des schweizerischen Finanzplatzes. Insbesondere die Gelder der Pensionskassen sollten Nutzen stiften und keine Kriege finanzieren. "Wenn wir es nicht machen, machen es andere", ist und wird immer ein feiges Argument und eine schwache Rechtfertigung sein.

Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind Grundwerte unseres Landes. Wenn aber Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für welche die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, sollten die Alarmglocken läuten. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige und neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig. So vermittelt die Schweiz beispielsweise als einziges Land weltweit zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Diese Bemühungen stehen der Finanzierung von Kriegsmaterial diametral entgegen. Die Schweiz soll in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik auf ihre Stärken fokussieren und ihre Politik nicht durch widersprüchliche Kriegsförderung torpedieren.

Die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" enthält daher ein selbstverständliches Anliegen. Es ist ein Mittel, das Fluchtursachen bekämpft, dem Finanzplatz Schweiz eine Vorbildfunktion zukommen lässt und dem Ruf einer neutralen Schweiz tatsächlich gerecht wird.

Bitte stimmen Sie für die Initiative.

Büchel Roland Rino (V, SG): Es gibt Tage, da fühlt man sich am Boden zerstört: Die Lieblingsmannschaft hat verloren, die Angebetete hat einem einen Korb gegeben, und es ist klar, dass sie nicht die Künftige sein wird. Heute ist ein solcher Tag. Wenn man beispielsweise den Argumenten von Frau Arslan oder Herrn Molina genau zuhört, muss einem ja bewusst werden, dass man, wenn man die Position der Gegenseite vertritt, zur ethisch-moralischen Unterschicht gehört. Offenbar bin ich ein Teil davon.

Wer die Argumente der Befürworter unreflektiert aufnimmt, könnte meinen, die ultimative Lösung zur morali-



schen Rettung der Welt sei gefunden. Ich empfehle die Initiative trotzdem zur Ablehnung, und zwar weil man sich den Inhalt schon etwas genauer anschauen muss. Die Initiative sieht Massnahmen vor, welche massiv negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der Nationalbank sowie von Stiftungen und Pensionskassen hätten. Auch die AHV wäre massiv betroffen. Rund 1700 Schweizer Pensionskassen verwalten ein Anlagevermögen von rund 820 Milliarden Franken, die AHV/IV/EO ein solches von 34 Milliarden. Wir dürfen doch nicht ohne Druck zu deren und zu unser aller Lasten handeln und grossen Schaden anrichten.

Eigentlich könnte ich mein Votum hier beenden. Das Erwähnte ist schon mehr als genug, um hier und heute klar Nein zu sagen. Wenn wir aber etwas weiter denken, stellen wir fest, dass die Auswirkungen noch weit gravierender sind: Die Idee stellt nämlich den Finanzplatz Schweiz infrage, und sie schwächt den Schweizer Industriestandort, insbesondere die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, aber auch Unternehmen, welche optische Geräte herstellen. Hiesigen KMU würde der Zugang zu Krediten massiv erschwert, wenn sie Teil einer Zulieferkette für Rüstungsbetriebe im In- oder Ausland sind. Wir reden hier von etwa 320 000 Angestellten, mehr als 13 000 Betrieben und über 7 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Wenn ich einigen Votanten zuhöre, dann muss ich feststellen, dass es offenbar weitere Industriezweige gibt, welche von den Fans der Initiative in die Schmutzdecke gestellt werden. Tabak, Energie, Nahrungsmittel sind ein paar Branchen, welche im Fokus der "Guten" sind.

Doch zurück zu den hier direkt Attackierten. Die Maschinen-, Elektro- und Metallunternehmen sind gerade in meiner Heimatregion, dem St. Galler Rheintal, sehr stark verwurzelt. Nicht umsonst hat sich der Begriff "Hightech Valley" etabliert. Es ist diese Industrie, welche zusammen mit den fleissigen und bescheidenen Bewohnern zu einem Wirtschaftsmotor sondergleichen geworden ist, welcher der einst mausarmen Region zu Wohlstand verholfen hat.

Was aber fordert die Volksinitiative konkret? Sie hat hehre Ansprüche, denn sie will nicht nur die Vorsorge, sondern auch Regionen wie das Rheintal nachhaltig schädigen, ja sie will noch weit mehr: Sie will sogar die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten! Als Mittel zu diesem Zweck soll es der Schweizerischen Nationalbank, den Stiftungen sowie den Einrichtungen der staatlichen und der beruflichen Vorsorge verboten werden, Unternehmen zu finanzieren – mittels Darlehen, mittels Aktienkauf usw. –, wenn diese mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Sie haben es einige Male gehört: Es ist nicht so einfach, das zu definieren und festzustellen. Aber die Initiative will noch mehr: Der

AB 2020 N 318 / BO 2020 N 318

Bund muss sich bei einer Annahme auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen die gleichen Bedingungen gelten. Was für ein Eingriff in die Wirtschaft!

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass sich die Initianten für Frieden auf dieser unfriedlichen Welt einsetzen wollen. Das ist eine hehre Aufgabe. Es ist darum auch gut, dass sich unser Land schon heute in vielerlei Hinsicht dafür einsetzt: Es ist jetzt schon verboten, atomare, biologische oder chemische Waffen zu finanzieren. Dasselbe gilt auch für Streumunition und Antipersonenminen. All das ist richtig.

Es wäre aber falsch – und es ist auch nicht realistisch –, ein weltweites Verbot für die Finanzierung der Rüstungsindustrie einführen zu wollen. Wie und wo soll das denn durchgesetzt werden, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen? Seien wir doch ehrlich: Nicht einmal dort besteht der Wille für ein derartiges Vorhaben; in anderen internationalen Organisationen auch nicht. Ein Finanzierungsverbot in der Schweiz würde also wirkungslos verpuffen. Uns fehlt dazu schlicht der Einfluss in der Welt.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sich im Abstimmungskampf zu engagieren, damit der Stimmbevölkerung aufgezeigt werden kann, wie utopisch und gefährlich die Vorstellungen der Initianten sind.

Hurni Baptiste (S, NE): Dans son magnifique ouvrage "L'Espoir", qui nous conte le combat des républicains dans la guerre d'Espagne, Malraux écrivait avec raison qu'"on ne fait pas de la politique avec de la morale, mais qu'on n'en fait pas davantage sans". Oui, la politique ne peut pas n'être qu'une suite de décisions techniques plus ou moins précises. Ces dispositions doivent être structurées par un squelette d'éthique et de morale. La question que nous pose l'initiative est claire, comme sa réponse à ce sujet doit l'être: doit-on continuer de souffrir que nos institutions de prévoyance, nos fondations et notre Banque nationale investissent dans l'industrie d'armement? Pour les initiants comme pour nous, la réponse est claire et nette: non!

Non, les montants confiés aux institutions de prévoyance et l'argent de la Banque nationale ne doivent pas contribuer à développer un secteur dont le but est de vendre des armes qui ne sont plus depuis longtemps les halberdars d'apparat des gardes pontificaux mais de véritables armes de guerre. Non, ces montants ne doivent pas à servir à soutenir des entreprises qui procurent ces armes à des gouvernements qui ne respectent



pas les droits humains. Non, l'industrie d'armement n'est pas un marché comme un autre et dans lequel on peut investir directement ou indirectement sans autre forme de procès, fût-ce pour alimenter le montant des rentes.

C'est d'autant plus vrai que l'industrie d'armement en Suisse vend toujours plus d'armes – plus 43 pour cent en 2019 par rapport à 2018 selon les derniers chiffres – et pas uniquement à des partenaires qui s'engagent pour la protection de la paix, loin s'en faut. Ainsi, si le principal client de l'industrie d'armement suisse demeure l'Europe, les ventes à d'autres pays ont augmenté, comme le Bahreïn, l'Arabie saoudite, le Pakistan et le Bangladesh, ce pays arrivant même en bonne position dans le classement de nos partenaires.

Ces pays abritent des régimes qui violent régulièrement les droits de l'homme. Sur son site Internet, le Département fédéral des affaires étrangères, par exemple, explique que le Bangladesh est en proie à la violence, qu'il existe des tensions latentes entre les communautés ethniques et religieuses et que ces tensions peuvent dégénérer sans préavis en affrontements violents et localisés, avec extension possible. Or l'industrie d'armement suisse a vendu pour 55 millions de francs d'armes à ce pays en 2019.

La politique ne peut pas être faite que de morale, certes, mais en matière de financement de l'industrie d'armement, la Suisse devrait en faire un peu plus, surtout, comme dans le cas d'espèce, si les mesures proposées sont supportables même en regard des analyses des spécialistes. En effet, pour définir ce qu'est une entreprise d'armement, un seuil de cinq pour cent du chiffre d'affaires, que le Conseil fédéral qualifie d'extrêmement bas, a été fixé et constitue un indicateur souvent utilisé dans les critères éthiques ESG – pour environnement, société, gouvernance. Les spécialistes de caisses de pension récemment interrogés par la presse estiment que l'initiative ne rendrait pas la vie des spécialistes en placements impossible.

A tout le moins, on aurait pu espérer que la commission, pour l'image de la Suisse et pour sa réputation internationale, propose un contre-projet, mais il n'en est rien.

La Suisse, dépositaire des Conventions de Genève, doit changer ses pratiques en matière de financement des armes et se rappeler que ces conventions, justement, à leur naissance, constituaient un formidable espoir d'introduire un peu de morale, même dans les conflits armés.

Mäder Jörg (GL, ZH): Die Welt ist kleiner geworden. Es sind aber nicht nur Mobilität und globalisierte Warenketten, die dazu beitragen, sondern vor allem auch das Internet und die sozialen Medien. Dank ihnen passiert nichts mehr irgendwo auf der Welt, sondern alles passiert an konkreten Orten – an konkreten Orten, die per Internet den Weg in unsere Wohnzimmer finden.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Unsere Bevölkerung realisiert immer mehr, dass alles, was wir machen, Auswirkungen hat, und dass diese Auswirkungen eben nicht irgendwo auf der Welt, sondern an konkreten Orten echte Menschen betreffen. Unsere Bevölkerung ist immer mehr gewillt, das zu tun, was nötig ist: hinzuschauen und verantwortungsbewusst zu handeln. Klar: Viele schauen lieber weg und wollen weitermachen wie bisher. Aber diese selektive Wahrnehmung funktioniert nur für kurze Zeit, und das Erwachen ist nicht angenehm.

Die Produktion respektive die Finanzierung von Waffen ist eines der Themen, bei denen unsere Bevölkerung je länger desto mehr nicht nur die Gewinnspanne und die Zahl der in der Schweiz Beschäftigten kennen will. Das zeigt sich am Zustandekommen dieser Initiative, aber auch am Zustandekommen der Korrektur-Initiative. Jetzt wird argumentiert – durchaus zu Recht –, dass diese Initiative so nicht umgesetzt werden könne. Und jetzt? Es ist eine Volksinitiative, kein Geschäft des Bundesrates. Bei bundesrätlichen Vorlagen erwarte ich, dass die Verwaltung sie so ausarbeitet, dass man sie – wenn man denn will – eins zu eins in Kraft setzen kann. Initiativen kommen aus der Bevölkerung und somit durchaus auch von politischen und juristischen Laien. Sie lancieren mit viel Engagement, Herzblut und Überzeugungskraft ein Thema. Sie haben aber weder das Wissen noch die Erfahrung, wie man das Thema perfekt in unsere Gesetzgebung einbettet. Das ist unser Job, dafür wurden wir gewählt.

Mit Initiativen setzt die Bevölkerung Themen. Es ist unser Job, uns dieser Themen anzunehmen. Daher plädiere ich klar für die Rückweisung des Geschäfts an die Kommission, damit diese Arbeit getan wird. Natürlich weiss ich, dass eine zustande gekommene Initiative noch keine Mehrheit hat, aber es ist ein klares Signal, dass dieses Thema die Bevölkerung bewegt. Als jemand, der selber schon über zweitausend Unterschriften gesammelt hat, weiss ich, dass die meisten, die unterschreiben, nicht an einer Eins-zu-eins-Umsetzung interessiert sind, sondern daran, dass sich Bern aktiv mit dem Thema beschäftigt.

In diesem Sinne ist es unser Job, genau auszuloten, was wie machbar ist. Transparenz ist dabei eines der zentralen Anliegen, das in einer globalisierten Welt, in der es eben kein "irgendwo" mehr gibt, von eminenter Bedeutung ist. Aber zu viele hier im Saal betrachten dieses Thema und die Anliegen immer noch mit der Erfahrung der letzten dreissig Jahre. Viel Spass! Wenn Sie als Firma dieses Konzept heutzutage noch fahren, werden Sie verlieren. Wenn Sie hier als Politiker dieses Konzept noch fahren, werden Sie verlieren. Wer



weitsichtig und vorausschauend politisiert, ist bereit, den Wandel zu antizipieren, auch wenn es unangenehm ist.

Und falls Sie das Gefühl haben, dass die Zahl der Initiativen zunimmt, und Sie das stört, so gibt es eine einfache Gegenmassnahme: Wir nehmen diese Themen als Volksvertreter proaktiv auf, bevor sie uns von der Bevölkerung aufs Auge gedrückt werden. Okay, wir könnten auch die

AB 2020 N 319 / BO 2020 N 319

demokratischen Rechte unserer Bevölkerung einschränken, aber das ist nicht mein Stil; nein danke. Ich persönlich begrüsse die neuen Möglichkeiten, die das Internet unserer Bevölkerung bietet. Dank diesen kann sie uns viel enger begleiten und uns einfacher Aufträge geben. Ja, sie darf uns Aufträge geben. Schliesslich ist die Bevölkerung unser Chef. Sie zahlt auch unsere Vergütungen.

Nehmen wir unseren Auftrag ernst, nehmen wir die Bevölkerung ernst, nehmen wir das Thema Waffen und Kriege ernst, und nehmen wir den Antrag auf Rückweisung an!

Quadri Lorenzo (V, TI): L'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico", che è stata depositata nel 2018 con 105 000 firme, quindi non con un grandissimo margine, viene da cerchie di sinistra vicine anche al Gruppo per una Svizzera senza esercito. Questo naturalmente indica, diciamo, da che parte pende la proposta: alla fine è il concetto stesso dell'esistenza degli eserciti che viene messo in discussione. L'intento viene poi ammantato da belle parole sulla pace nel mondo che, certo, è un obiettivo lodevole ma a cui l'iniziativa non porterebbe nessun contributo concreto.

Oggi noi non siamo in guerra, però l'emergenza Coronavirus, appena al di fuori dei nostri confini, in Lombardia, ci mostra degli scenari che sono molto simili a quelli che si vedono in caso di conflitto armato, nel senso che gli ospedali non hanno sufficienti posti ed infrastrutture per curare tutti i pazienti, al punto che occorre scegliere chi curare e chi no in base alle speranze di vita. E il sistema sanitario della Lombardia non è da terzo mondo, anzi, è uno dei migliori d'Europa. Ripeto, questo succede a pochi chilometri da noi, ed avanti così, anche la Svizzera potrebbe trovarsi in una situazione simile – se non si fa nulla è solo una questione di tempo e anche di poco tempo.

Anche sempre più medici dicono che per limitare il contagio da Coronavirus occorre chiudere le frontiere con l'Italia. Bisogna quindi lasciar entrare solo quei frontalieri che sono necessari al funzionamento del sistema sanitario ticinese e gli altri restano fuori. Se però si volesse attuare questo provvedimento, che personalmente reputo necessario, allora bisognerà ricorrere anche all'esercito – e qui torniamo al punto: serve un esercito che sia pronto, istruito ed adeguato. Questo esempio, che purtroppo è di stretta attualità, dimostra dunque che l'esercito e anche tutto quello che ci ruota attorno non sono giocattoli per guerrafondai ma sono necessità concrete di ogni paese. Non serve un conflitto armato per giustificare un esercito.

Già solo questo motivo è sufficiente per votare no a questa iniziativa. Si tratta di un'iniziativa che col pretesto di opporsi al finanziamento del materiale bellico – e questo è un concetto facile da fare passare nell'opinione pubblica – vuole in realtà attaccare gli eserciti in generale.

Entrando più nello specifico dell'iniziativa, essa chiede di vietare alla Banca nazionale svizzera, alle fondazioni e agli istituti della previdenza statale e professionale di finanziare i produttori di materiale bellico e prevede che la Confederazione si adoperi a livello nazionale ed internazionale affinché alle banche ed alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe.

Le nozioni di produttori di materiale bellico e di tipi di finanziamento che propone di vietare sono però definiti in maniera così larga che l'attuazione comporterebbe elevate restrizioni e conseguenze finanziarie negative. Gli istituti della previdenza statale e professionale, quindi le casse di pensione e Compenswiss, dovrebbero rinunciare alla loro strategia di investimento in fondi ben diversificati, che già comunque tiene in considerazione principi etici. Quindi, questo vuol dire che l'iniziativa alla fine andrebbe a nuocere alle rendite dell'AVS ed a quelle pensionistiche – ecco, non mi pare un grande affare.

La Svizzera è già molto attiva nella promozione della pace. Dunque, irritano anche queste iniziative di sinistra miranti a far credere che non si faccia mai abbastanza. La Svizzera sul piano internazionale fa già fin troppo. Sarebbe semmai ora che cominciasse a concentrare gli sforzi e le risorse sulle esigenze dei propri cittadini.

L'iniziativa porterebbe dei contraccolpi economici anche all'AVS e alle casse pensioni, senza portare a risultati concreti, perché nessun paese e nessuna organizzazione sovranazionale seguono criteri come quelli che vengono proposti. La Svizzera si troverebbe ancora una volta a fare la prima della classe, e tutto ciò a proprio danno. Io penso che sia ora di finirla con questo "Swiss finish", e non solo in campo di materiale bellico ma in tutti gli ambiti, dal clima alla piazza finanziaria.

Invito quindi a raccomandare di respingere questa iniziativa.



Studer Lilian (M-CEB, AG): Wollen wir eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik? Was verstehen wir unter "Neutralität der Schweiz"? Leisten wir einen konsequenten Beitrag zu einer friedlichen Welt? Das sind Fragen, die wir uns – ob wir wollen oder nicht – aufgrund der heute zu behandelnden Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" stellen müssen.

Wenn wir uns die Haltung des Bundesrates und der Mehrheit der vorberatenden Kommission vor Augen führen, dann ist, zusammengefasst, Folgendes herauszulesen: Die Initiative sei wirkungslos, nicht umsetzbar, schädlich und nicht zielführend. Auf meine eingangs genannten Fragen erhält man keine wirkliche Antwort. Dies stimmt uns als EVP nachdenklich. Uns scheint, dass diese Art der Behandlung von US-Präsident Trump beeinflusst worden ist: "Switzerland first", lautet die Devise.

Das viele Gute, das die Schweiz global und insbesondere friedensfördernd leistet, stellen wir als EVP keineswegs in Abrede; im Gegenteil, dafür sind wir enorm dankbar. Umso wichtiger finden wir es aber auch, konsequent zu bleiben, und konsequent ist man mit einer blossen Empfehlung zur Ablehnung dieser Initiative nicht.

Der wirtschaftliche und finanzielle Druck ist offensichtlich grösser. Auch bei einem Mitspracherecht über die Investitionen der Schweizerischen Nationalbank, der beruflichen und staatlichen Vorsorgeeinrichtungen oder der Schweizer Finanz- und Werkplatzinstitutionen möchte man sich zurückhalten. Die Investitionen in Rüstungskonzerne bilden einen hohen Anteil der Gesamtinvestitionen, das wissen wir, das kann man nicht in Abrede stellen. Wir meinen, dass solche Investitionen verständlich und richtig sind, wenn sie für den Ausbau der eigenen Landesverteidigung, die uns ein Anliegen ist, getätigt werden. Zur Glaubwürdigkeit gehört für uns aber auch, das Geld ethisch korrekt zu investieren und bei Kriegsmaterialproduktion und -ausfuhr verantwortlich zu handeln.

Zur Schlussfolgerung: Das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen ist auszubauen und zu stärken. Die Transparenz muss erhöht werden. Somit unterstützen wir Ratsmitglieder der EVP die Minderheit, die durch eine Rückweisung an die Kommission einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten will. Sollte der Rat die Rückweisung nicht beschliessen, werden wir die Initiative zur Annahme empfehlen. Schlussendlich sind wir davon überzeugt, dass sich unser Anliegen bei einer Annahme der Initiative in der Ausführungsgesetzgebung sinnvoll umsetzen lässt.

Strupler Manuel (V, TG): Kein Schweizer Geld für Kriege in dieser Welt! Dies versprechen uns die Initianten. Das tönt eigentlich gut. Es heisst auch: kein Geld für eine Industrie, welche mit ihren Produkten auch Frieden auf der Welt sichert. Das sagen sie aber nicht. Der ganz grosse Teil der Waffen wird nicht dazu benötigt, Sicherheit und Stabilität zu destruieren, sondern zu garantieren und die eigene Bevölkerung in aller Herren Länder zu schützen. Es wird also mit ihnen nicht aktiv Krieg geführt.

Wollen die Initianten wirklich nicht, dass die UNO-Blauhelme, z. B. unsere Kfor-Truppen in Kosovo, weiterhin gutes Material für den eigenen Schutz und denjenigen der Bevölkerung vor Ort zur Verfügung haben? Also, ich bin froh, dass unsere Leute bei ihren humanitären Einsätzen geschützt werden und gutes Material zur Verfügung haben. Oder wurde Europa vor 75 Jahren nicht auch militärisch befriedet und von einem Tyrannen befreit? Dies wäre alles ohne Kriegsmaterial – leider! – nicht möglich gewesen.

AB 2020 N 320 / BO 2020 N 320

Zudem möchte ich ganz klar darauf hinweisen, dass viel Spitzentechnologie von Firmen entwickelt und produziert wird, welche in beiden Bereichen, nämlich im zivilen und im militärischen Bereich, aktiv sind. Für viele dieser Firmen lässt sich das eine vom anderen kaum trennen. Gemäss Initianten wäre aber hier eine Finanzierung nicht mehr möglich. Dass die Firmen darauf verzichten würden, Kriegsmaterial oder Teile davon herzustellen, würde bedeuten, auf einen grossen Teil der Spitzentechnologie und auch der Entwicklung in der Schweiz zu verzichten. Wollen wir das wirklich?

Zudem betrifft die Initiative nicht einfach die Kriegsmaterialhersteller, nein, sie betrifft auch viele kleine Zulieferer. So hat zum Beispiel die Firma Mowag in Kreuzlingen über tausend grössere und kleinere Lieferanten. Die Initiative trifft also unsere KMU, die wir alle immer hoch loben, und deren Arbeitsplätze, also genau das Rückgrat unserer Schweiz. Müssten nämlich die Firmen wegen der neuen Finanzierungsregeln den militärischen Bereich aufgeben, könnte das bei vielen dieser Zulieferer zu Existenzproblemen führen. Wenn dann Arbeitsplätze verloren gehen, werden genau jene Kreise, welche diese Initiative unterstützen, dann laut rufen und die Unternehmen in die Pflicht nehmen wollen.

Wie möchten Sie zudem den Umsatzanteil von fünf Prozent prüfen? Gerade bei kleinen Firmen ist dieser sehr schwankend. Das heisst, man müsste jedes Jahr neu abklären, ob man in eine Firma investieren darf oder nicht. So wäre es in der Schweiz nicht mehr möglich, die eigene Industrie genügend zu finanzieren.



Die Initiative wäre auch sehr schwer durchsetzbar, und ihre Umsetzung wäre schwierig kontrollierbar. Sie würde, wie schon erwähnt, die KMU in der Schweiz unnötig schwächen. Noch schlimmer, und das finde ich ganz bedenklich: Sie würde uns vom Ausland und seiner Technologie noch abhängiger machen. Wohin diese Abhängigkeit führen kann, merken wir zurzeit mit dem Coronavirus, wo uns Deutschland eigentlich für uns bestimmte Schutzausrüstung nicht mehr liefern möchte.

Stehen wir also zu einer starken inländischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie! Denn diese Bereiche gibt es nur zusammen. Damit stehen wir auch für eine unabhängige und einsatzbereite Schweizer Polizei und Schweizer Armee mit einer guten und modernen Ausrüstung ein, wie sie jetzt auch wieder zur Bekämpfung des Coronavirus parteiübergreifend gefordert werden. Dazu brauchen wir aber die Spitzentechnologie, die Produktion und die Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz.

Werfen wir also diesen Bereichen mit der Initiative nicht zusätzliche Knebel zwischen die Beine, und empfehlen wir sie zur Ablehnung, wie auch der Gegenvorschlag klar abzulehnen ist.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 17.45 Uhr
La séance est levée à 17 h 45

AB 2020 N 321 / BO 2020 N 321